



Abonnementspreise in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus vierteljährlich 180 M., monatlich 60 M., wöchentlich 15 M. bei Abholung d. d. Heberl. u. Agenturen vierteljährlich 171 M., monatlich 57 M., wöchentlich 14 M.; bei Abholung d. d. Geschäftsstellen in Breslau vierteljährlich 165 M., monatlich 55 M., wöchentlich 13,00 M. Bei der Post vierteljährlich 180 M., monatlich 60 M.

Breslau, Donnerstag, 20. Juli 1922

Einrückungsgebühren für den 1/2 Spalten Raum in Mittelstöße (1 Zeile 11 3/4 mm hoch), 7,50 M. (Abendblatt 8,00 M.), bei Anzeigen aus Schloffen und Posten 5,00 und 7,00 M. In der Morgenausgabe Streifenlänge 2,75 M., Familienanzeigen (nur ab- und wechselliegend), die zweifache Mittelstöße 2,80 M., Radrate 5,50 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (3/4 Spalte) 8,50 M., Schloffen und Posten 8,00 M.

Verantwortlicher: Dr. Richard Schmitt, Bernsprecher der Redaktion Ring Nr. 411/412 und 640 (letzte nur für den Stabvertrieb), der Handelsredaktion Ring Nr. 411/412. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zum Preis, wenn Rückporto beiliegt. Keinemerkung und Anzeigenannahme (Schluß 5 Uhr, ohne Gebühr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle Schwanenstraße 17, Bernsprecher Ring Nr. 478. Telegramm-Adresse: Schlesische Zeitung. Verlagsdirektor: Richard Schmitt. Redaktion: Richard Schmitt. Geschäftsstelle für Oberpostamt: Deutsches Postamt, Bernsprecher Deutsches Postamt, Ring Nr. 1922. Bei Störungen durch höhere Gewalt, Streik, Auslieferung u. dgl. können Erscheinen nicht garantiert werden.

Politik und Wirtschaft.

Von Freiherrn von Richthofen.

Vorsitzender des Schlesischen Landbundes, M. d. R. M. R.

Die Krise, die das unglückliche, verkleinerte, vom Feinde gequälte Deutschland augenblicklich wieder durchmachen muß, weist gebieterisch darauf hin, daß es nichts Verderblicheres geben kann, als die Politik mit wirtschaftlichen Dingen zu verquiden und womöglich wirtschaftliche Sanktionen für politische Parteiziele zu erzwingen. Die Politiker vergessen dabei völlig, daß für die Dauer nur dann eine ersprießliche Politik möglich ist, wenn eine vernünftige Wirtschaft die Grundlage bildet. Dazu gehört aber die Mitarbeit der Wirtschaftler aller Berufsstände, und zwar die freudige Mitarbeit. Gehen die politischen Wirren und Krisen so weiter wie jetzt, dann wird es bald keinen Wirtschaftler mehr geben, der sich bereit fände, oder auch nur imstande wäre, weiter eine Arbeit zu leisten, die doch dazu verurteilt ist, Sisyphusarbeit zu sein!

Gewiß muß ein Mord, wie der an Minister Rathenau verübte, die Gemüter tief erregen. In seiner Beurteilung kann auch der Sinnweis darauf nicht ändern, daß der Boden für Verweilungstagen in Deutschland nur zu vielfach vorbereitet worden ist; man denke nur an die ungeheure Erregung, welche die Qualen der Oberkassierer hervorgerufen haben. Ein Unglück wird aber nur größer, wenn man neues Unheil hinzufügt. Das ist schon eingetreten, vor allem durch den grauenhaften Tod zahlreicher Menschen infolge des sogenannten Trauerstreiks bei der Berliner Ringbahn. Das politische Ausnahmegesetz gegen rechts wird seinen Zweck ebensowenig erreichen wie ähnliche frühere Ausnahmegesetze. Und die müssen solche Ausnahmegesetze auf die Landwirte wirken, die trotz aller gegenteiligen Behauptungen in ihrer Grundstimmung rechts stehen! Die Bestimmung der Landwirte wird sich nicht ändern, aber sie werden die Entrechtung nicht geduldig hinnehmen. Maßnahmen von solcher Art bleiben bestenfalls Pyrrhusfiese, die Siegern und Besiegten schaden. Alles aber geht auf Kosten der Volkswirtschaft, die doch wahrlich keine Störung verträgt!

Auch die Entscheidung über die Getreidemlage hat man aus politischen Gesichtspunkten, aus einer solchen Situation heraus gefällt. Um was handelte es sich dabei? Es handelte sich 1) um die Umlage überhaupt, 2) um den Preis. Die gesamte Landwirtschaft hat oft und entschieden genug die Ablehnung ausgesprochen. Sie hat schon zu lange unter schwersten Drangsalierungen und Strafen gestanden! Man kann auch nicht die sogenannten Höchstpreise, unter denen z. B. die Dingerindustrie arbeitet, mit der Zwangswirtschaft gegen die Landwirtschaft vergleichen; der Vergleich hinkt derart, daß er überhaupt kein Vergleich mehr ist. Der für das Umlagegetreide festgesetzte Preis liegt erheblich unter den tatsächlichen Produktionskosten. Die Indexberechnungen werden der Wirklichkeit in der Landwirtschaft nicht gerecht, zumal sie die steigenden Kosten der neuen Ernte nicht berücksichtigen. Das war auch im vorigen Jahre der Fall. Die Folge der zu niedrigen Preise ist eine schon heute hervortretende schwere Kreditnot in der Landwirtschaft. Ihr fehlen eben die 10 bis 12 Milliarden Mark, die sie an der vorigen Umlage verloren hat. Daß jede Behinderung der heimischen Produktion unzulässig, die Lebensmittel immer teurer vom Auslande zu kaufen, daß sie zugleich aber unsere gesamte Volkswirtschaft schwer schädigt, liegt auf der Hand. Man hat die elementarsten Erzeugnisse der Wirtschaft unberücksichtigt gelassen, um parteipolitische Augenblickserfolge zu erringen. Das wird wiederum ein Pyrrhusfiese sein, der nicht nur dem Sieger, sondern dem ganzen deutschen Volke teuer zu stehen kommen kann!

So kommen wir nicht vorwärts, sondern rettungslos weiter rückwärts. Es wird nachgerade eine Narretei, von Aufbau zu sprechen. Jede Schädigung der Produktion ist das Gegenteil vom Aufbau. Was haben alle Anstrengungen für einen Wert, wenn in Tagen, ja Stunden eingerissen wird, was jahrelange Arbeit geschaffen hat? Wir brauchen Ruhe und Sachlichkeit. Man soll die Schuldigen bestrafen, man soll aber auch die Vorbereitungen schaffen, die erforderlich sind, um Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Und man darf nicht zweierlei Recht schaffen. Denn das bringt nicht Ruhe und Ordnung, sondern reißt uns in rechtlose, d. h. chaotische Verhältnisse hinein, aus denen Deutschland noch viel schwerer wieder herauskommen könnte, als das große Rußland mit seinen unbegrenzten Wirtschaftsschätzen.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Am Mittwoch vormittag traten auf Einladung des Zentrums Vertreter der bürgerlichen Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei im Reichstage zu einer Sitzung zusammen, um gemeinsam den Arbeitsplan für die geplante parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Nachricht, daß der Plan einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem Auseinandergehen des Reichstages aufgegeben worden sei, ist somit unzutreffend. Die Beratungen führten, wie es heißt, zur Festlegung einer gemeinschaftlichen Arbeitsgrundlage, die durch Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung der genannten Parteien bekräftigt werden soll.

Das Ende der Rathenau-Mörder.

88 Berlin, 19. Juli. Die Berliner politische Polizei hat einige Beamte nach Saalee geschickt, die eine genaue Untersuchung vorgenommen haben. Ihr Bericht liegt noch nicht vor, nur soviel steht fest, daß Kern sich nicht selbst erschossen hat. Er wurde vielmehr von Beamten der Kassenpolizei erschossen, die, weil sie sich durch die Kesselröhren der Mörder bedroht sahen, nach den Fenstern hinausschossen. Eine Kugel durchschlug die Schweißbede Kerns. Er muß, wie die Lokalbefragung ergab, sofort auf Boden gestürzt sein. Nicker hat ihn darauf auf das nahe stehende Bett gelockt und versucht, das stark fließende Blut zu stillen. Kern verlor jedoch anscheinend gleich, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Das mag Nicker so niedergedrückt haben, daß er die Waffe gegen sich selbst richtete und sich den Tod gab. Er sah wohl ein, daß ein Entkommen nicht mehr möglich war, da alle Fluchbemühungen von vornherein aussichtslos waren.

Die weiteren Nachforschungen in der Wohnung Dr. Steins ergaben, daß beide Mörder über zwei Provinzialpistolen mit ungefähr 10 Patronen verfügten. Während die Beamten in der Nacht zum Dienstag mit den Feststellungen in der Wohnung beschäftigt waren, kam Dr. Stein mit seiner Frau zurück. Er war über das Geschehene vollkommen bestürzt und beteuerte seine Unschuld. Er behauptete, am Donnerstag früh von Frau Saalee zuerst nach Bad Nauheim gereist zu sein, um dort einige Geschäfte zu erledigen. In Nauheim habe er, um seiner jungen Frau eine Freude zu bereiten, beschloffen, die Münchener Gewerbeschau zu besuchen, und sei daraufhin von Nauheim nach München und Nürnberg gereist. Er behauptete, nicht zu wissen, wie die beiden Mörder in seine Wohnung gelangt sein könnten. Er erklärte, den Turm vor seiner Wirtin abgeschlossen zu haben. Diesen Behauptungen Dr. Steins steht allerdings gegenüber, daß die beiden Mörder, ohne die Tür irgendwie beschädigt zu haben, in die Wohnung gelangt sind. Die Polizei steht im Gegensatz zu den Behauptungen Dr. Steins auf dem Standpunkte, daß die beiden Mörder schon vor der Abreise Dr. Steins in seiner Wohnung gewesen sein müssen. Dr. Stein wurde unter dem Verdachte der Begünstigung der beiden Mörder verhaftet und wird heute abend oder morgen früh nach Berlin gebracht werden. Seine Frau, die von der Anwesenheit der Mörder nichts gewußt zu haben scheint, ist noch nicht gleich verhaftet worden, soll aber mit nach Berlin gebracht werden, damit sie der Kriminalpolizei jeden Augenblick zur Vernehmung zur Verfügung steht.

Zu dem Selbstmord der Mörder Rathenaus wird noch mitgeteilt, daß der Inhalt ihrer Mütze schon gewisse Anhaltspunkte für die Ermittlung ihres Aufenthalts seit der Flucht aus Lenzburg geliefert habe. Eine Bierflasche beispielsweise weist auf den kleinen Ort Litzow in der Gegend von Gardelegen hin. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums stellen bereits auch andere Orte ihres Aufenthalts fest. Bei welcher Gelegenheit Kern die Schrotflinte erhielt, deren Spuren sich in seiner Leiche zeigen, steht noch nicht fest.

Ludendorff und der Mord an Rathenau.

General Ludendorff hatte dem Berliner Berichtserstatter des „Daily Express“ auf dessen Anfrage schriftlich mitgeteilt, daß er den Mord auf bolschewistische Initiative zurückführe. Berliner Blätter veröffentlichen jetzt eine ausführliche Darstellung Ludendorffs, in denen er diese Ansicht begründet. Er führt an, daß unter den bei dem russischen Oberst von Freyberg, einem Gegner der Moskauer Sowjetregierung, befindlichen kommunistischen Geheimpapieren, von denen ein Teil seinerzeit bei einem kommunistischen Überfall geraubt wurde, ein Bericht gewesen sei, nach dem die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hatte, unter der Maske deutscher Nationalisten in die extremnationalistischen Organisationen bolschewistische Agenten einzuschmuggeln, die fanatische Mitglieder berattiger Organisationen zum Mord an Rathenau verleiten sollten. Diese Mörder sollten die Linksparteien gegen die Rechtsparteien aufstacheln und dadurch Maßnahmen veranlassen, die den Wurzeln in Deutschland vertiefen und schließlich den Bürgerkrieg heraufbeschwören, als deren Endergebnis Moskau die Errichtung der Räteherrschaft erhoffe.

Der neue Kurs in Preußen.

Das Großreinemachen in Preußen geht los. Der antike preussische Pressedienst teilt mit, daß preussische Staatsministerien habe beschloffen, folgende Regierungspräsidenten „aus allgemein politischen Gründen“ in den einseitigen Ruhestand zu versetzen: von Versdorff in Merseburg, von Schmeling in Stettin, von Gröning in Coblenz, Freiherr von Dalwigk-Lichtenfels in Aachen, von Heppel in Lurich, Graf Meervelt in Münster und Dr. Kutscher in Sildesheim.

Der Haushalt der Reichsbahnverwaltung für 1921.

Berlin, 19. Juli. Der Abschluß des ordentlichen Haushalts der Reichsbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 451 Milliarden und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 6,9 Milliarden. Das ist gegenüber dem Haushaltsantrag 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden, gegen einen Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,8 Milliarden eine Verbesserung um 8,7 Milliarden. Der Fehlbetrag ist also geringer als der nach der vom Reichsverkehrsminister bekanntgegebenen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tarifserhöhungen, der günstigen Verkehrsleistung und der starken Erfassung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Ausgabewirtschaft zu danken.

Vom Tage.

Die Zentrumspartei empfindet das Bedürfnis nach einer parteipolitischen Erneuerung. In welcher Richtung sich diese Erneuerung bewegen soll, erfährt man aus einem Artikel des Reichsarbeitsministers Dr. Trauns in der „Germania“, in dem es u. a. heißt: „Was heute angeht die Annäherung der sozialistischen Parteien Gegenstand allgemeiner Erörterung ist, hat die Zentrumspartei in ihren leitenden Organen schon lange erwogen und vorbereitet, ehe man die gegenwärtige Konstellation voraussetzt. Zum Belege dafür verweise ich auf Beschlüsse des Reichsausschusses der Zentrumspartei, der am 24. und 26. Juni d. J. in Berlin getagt hat. Die Veröffentlichung der damals gefassten Beschlüsse unterblieb mit Rücksicht auf den gleichzeitig erfolgten Wobd des Außenministers Dr. Rathenau. Parteivorstand und Parteianschluß haben sich bei den erwünschten Verhandlungen einmütig entschlossen, den grundsätzlichsten vertretenen politischen Charakter der Partei bei den nächsten Wahlen, auch nach außen hin, klar und unzweideutig in die Erscheinung treten zu lassen. Zu dem Zwecke sollen, ohne Rücksicht auf das Vorhandensein nichtkatholischer Wählermassen, eine größere Zahl nichtkatholischer Kandidaten bei den nächsten Wahlen an sicherer Stelle aufgestellt werden. Die Presse der Partei soll fürderhin in ihrem politischen Teil ausschließlich politisch und nicht konfessionell gehalten sein. Der Augustinerverein ist gebeten worden, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Ferner wurde schon damals einstimmig beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte anzustreben. Früher (im Kulturkampf) wußten wir kämpfen um die Form des Zusammenlebens von Kirche und Staat, heute kämpfen wir um Kern und Inhalt des christlichen Kulturideals. Schulter an Schulter mit anderen Völkern, die nicht unserer Konfession sind. Heute ist die Überwindung der konfessionellen Zersplitterung in Deutschland auf parteipolitischen Boden ein bringendes Erfordernis, sowohl vom Standpunkte des christlichen Kulturideals wie im Interesse der politischen Wiederaufrichtung Deutschlands.“ Die parteipolitische Erneuerung soll offenbar der steigenden Zustimmung in den Kreisen der Zentrumspartei entgegenwirken. Die Parteileitung würde das Ziel einfacher und schneller erreichen, wenn ihre politische Haltung, und diese ist der Grund der Zustimmung, einer Erneuerung untergeordnet in dem Sinne, daß die Unabwendbarkeit endlich gebremst und, wie die „Germania“ dieser Tage sagt, eine Politik nach Staatsnotwendigkeiten nicht noch überleben Parteiregeln gemacht würde. Richtiger scheint uns der Standpunkt Stegerwalds zu sein, der die Überführung der evangelischen Arbeiter und Angestellten in die Zentrumspartei ablehnt und vielmehr dazu strebt, daß die den Katholiken und altpolitischen Protestanten gemeinsame christliche Kulturauffassung und eine tiefgreifende soziale Gesinnung das politische Bindemittel bilden.

Die Geister, die er rief... Die politischen Vorberer lassen den ehrgeizigsten Mann der französischen Nachkriegszeit nicht ruhen: Herr Raymond Poincaré ist unter die Schulmeister gegangen und hat in Besancon einen Vortrag über — Julius Cäsar gehalten, den er in die Schranken forderte als einen Zeugen der deutschen Kriegsschuld. Er hat seine Landsleute, denen er außerordentlich imponierte, Julius Cäsar zu lesen, der dem Deutschen Ariovist schlug und viel Urgees von den „Hochs“ von dazumal zu erzählen wisse, die grad so schlimm gewesen seien, wie die Deutschen heutzutage seien, während die Franzosen jener Zeit immer ihrer Harmlosigkeit und Friedensliebe zum Opfer fallen sollten... Herr Poincaré las den Cäsar offenbar in einer französischen Übersetzung für französische nationalstiftliche Kinder und solche, die es nicht mehr sein wollen. Sonst wußte er, daß Cäsar den Galliern nicht besonders hold war, daß man sich ein Wort über die vorchristlichen Franzosen stark gebauen über seine Lippen kam. Er hätte vielleicht in Cäsars Bericht (II, 15) nachlesen können, daß die Nervier auf die übrigen Belgier laut schimpften, weil diese sich, verleitet durch das Beispiel der feigen (I) Gallier, von ihrer (germanischen) Väter Tapferkeit abwichen und sich dem römischen Volke ergaben. Herr Poincaré, der Lothringer, macht nach historischer Ausflüge in die cäsarische Vergangenheit, um „seiner“ Rheinländer des echten und unverfälschten, historisch beglaubigten Franzosentums zu überführen. Lauter Geschwindigkeit, keine Generei. Doch lese der Herr Ministerpräsident Dr. jur. Poincaré gefälligst im Bellum Gallicum (II, 24), so wird er dort zu seinem Leidwesen bemerken, daß die Treverer, zu Xrier, an der Mosel, die bei den Galliern im Laufe großer Tapferkeit standen, sich ihrer germanischen Herkunft rühmten. Cäsar betont das ausdrücklich. Und kaum blättert Herr Poincaré im Tacitus — seinem Gegenstück — so findet er in dessen „Germania“, Kapitel 28, dem Satz: „Die Treverer und Nervier sind sogar ehregeizig darauf, germanisches Blut in ihren Adern zu haben, um sich durch den Adel ihrer Abstammung zu den schlaffen Galliern (parдон!) Herr Poincaré...“ in Gegensatz zu stellen. Die das (linke) Rheinrifer bewohnenden Völker sind zweifellos germanischen Stammes: Die Bangionen, Tribolen, Remeter. Selbst die Ubler (in Köln), obwohl sie aus römischen Kolonien erhoben wurden, schämten sich ihres germanischen Ursprungs viel und wenn der Gallier heute noch so manchen Römer ältieren würde, er läte es eben doch nur fröhlich. Weil die Wahrheit ein Pfälzlein ist, das in Frankreich sogar auf dem dürren Boden der Wissenschaft nicht gut gedeiht. Der Cäsar redner von Besancon aber möge sich von den Rheinältern seines Opée Condorcet oder Saint Louis nicht allzu toller Übersehungslust überführen lassen. Sein Gelehrtenrost steht auf dem Spieße!...

Die Not der Presse.

In der Dienstag-Sitzung des Reichstags ist das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse in dritter Lesung angenommen worden.

Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, auf Grund von Selbstkostenermittlungen die Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier zu bestimmen. Sie kann diese Preise zu Höchstpreisen erklären. Es wird ferner eine Rückvergütungskasse gebildet, in die fließen die Erträge aus einer halbpromzentigen Abgabe bei Veräußerungen von Holz durch die Nutzungsberechtigten im Walde und einer Abgabe von anderthalb vom Tausend des Wertes der gesamten Ausfuhr. Die Rückvergütung soll gestaffelt nach der Menge des Papierverbrauchs erfolgen, wobei das zum Abdruck von Inseraten verwendete Papier nicht in Ansatz gebracht wird. In Ausführungsbestimmungen soll das Nähere festgelegt werden. Das Gesetz ist bis zum 31. März 1924 befristet.

Von maßgebender Stelle wird uns hierzu mitgeteilt:

Das nunmehr angenommene Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse hat leider eine Gestalt bekommen, durch die die so notwendige sofortige und ausgiebige Hilfe zur Linderung der Not der Presse nicht gebracht werden kann. Es ist bedauerlich, daß der Reichsrat der Eingabe des Vereins Deutscher Zeitungsverleger die Abgabe aus der Ausfuhr auf ein halbes vom Hundert zu erhöhen, nicht stattgegeben hat. Daß ein solcher Satz für die gesamte Ausfuhr erträglich ist, dafür kann als Beweis angeführt werden, daß man bisher einen Teil der deutschen Ausfuhr, nämlich die Papiere und Papiererzeugnisse, mit dem Dreifachen einer solchen Abgabe belegt hat. Bei Annahme dieses Antrages wäre eine rasche und wirklich wirksame Hilfe für die Presse erreicht worden. Bedauerlich ist auch, daß man entgegen der Meinung derselben Organisation in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen hat, die nach langjährigen Erfahrungen praktisch eine gerechte Verteilung des materiellen Ergebnisses des Gesetzes unmöglich machen. Aufgabe der Zeitungsverleger-Organisationen muß es sein, schleunigst Ergänzungsanträge zu dem Gesetz einzubringen, die die Erhaltung der Presse wirklich ermöglichen, und zu den Ausführungsbestimmungen Stellung zu nehmen, damit das Wenige, was erreicht ist, wenigstens wertsprechende Verwendung findet.

Rolle kontrolliert einen neuen Obstruktionsskandal.

Berlin, 19. Juli. General Rollet verlangt seit langem eine Statistik über das gesamte deutsche Kriegsmaterial, die nach Abschluß des Waffenstillstandes sich noch in unserem Besitz befand. Er brauche diese zu einem Vergleich damit, was abgeliefert sei. Dazu teilt die zuständige Stelle mit:

Wir haben ihm immer wieder erklärt, daß eine solche Statistik in zuverlässiger Weise nicht aufgemacht werden könne, denn wir wissen nicht, was damals im Besitz deutscher Stellen vorhanden gewesen, und was während der Räumung im Westen und Osten verloren gegangen, oder in die Hände der Zivilbevölkerung gekommen ist. Der Kontrollkommission hat im Spandauer Archiv Akten der früheren Abnahmekommission vorgefunden. Er glaubt, daß diese Akten als Unterlage für die Statistik von Bedeutung sein könnten, und verlangt deren Durchsicht. Auf seinen Wunsch hat ihm der ausländische deutsche Offizier angegeben, die Akten sollten zum nächsten Tage liegen bleiben. Inzwischen hatte das Reichsfinanzministerium die Untersuchung über den Fall Rodtrock eingeleitet, und die Beschaffung dieser Akten nach Berlin schon vor dem Besuch des Kontrollkommissionärs angefordert. Gerade an diesem Tage kam der Befehl, die Akten nach Berlin zu schaffen. Der Kontrollkommissionär fand sie also am nächsten Tage nicht mehr vor, worin Rollet den Vorwand erblickte, ihm die Akten zu entziehen. Die Akten können in Berlin eingesehen werden, wenn die Kontrollkommission überhaupt das Recht hat, die Akten zu verlangen, was, abgesehen von diesem Fall, diesseits grundsätzlich bestritten wird. Rollet konstruiert natürlich einen neuen Obstruktionsskandal. Unser Bemühen geht aber seit langem dahin, der Kontrollkommission nach Möglichkeit feinerer Schwierigkeiten zu machen.

Die Bezahlung der Demonstrationstreifs.

Die deutschnationalen Abg. Koch (Düsseldorf), Cartwila, Schulz-Bromberg und Pergt haben folgende Anträge an die Reichsregierung gestellt:

Nach zuverlässigen Mitteilungen hat das Reichsverkehrsministerium bei der zweiten Demonstration genau so wie bei der ersten nach der Ermordung des Reichsaussenministers Dr. Rathenau den ihm unterstellten Dienststellen Anweisungen gegeben, daß den Teilnehmern an der Demonstration diese Feiertage zu bezahlen seien. Diese Anweisung erfolgte am Demonstrationstage vormittags, als bereits zwei

New-York, 19. Juli. (Funtdienst.) Wechsel auf Berlin Schlussskurs 100 Mark = 0,19 1/4 (0,21 1/2) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 519,480 (482,427) Mark.

Lage bekannt war, daß z. B. der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Mitglieder aufgefordert hatte, durch Arbeit die übliche Lohnzahlung des Wirtschaftslebens zu verhindern. Diese Aufforderung ist überall befolgt und damit sind schwere Schädigungen der Volksgesamtheit abgemindert worden. In einer ganzen Reihe von Betrieben der Eisenbahnverwaltung bestanden bis zum Bekanntwerden der Telegramme des Verkehrsministers am 4. Juli, dem Demonstrationstage vormittags selbst unter der sozialistischen Arbeiter- und Beamtenchaft Geneigtheit zu arbeiten. Durch das ministerielle Telegramm fiel für sie und manchen der sonst bestimmt seinen Dienst verrichten hätte, jeder Anlaß zur Arbeit fort.

Wir fragen an: 1. Ist der Reichsregierung diese Anordnung des Reichsverkehrsministers bekannt und billigt sie diese? 2. Wie rechtfertigt sie die Bezahlung der Feiertage während der sozialistischen Demonstration? 3. Ist sie bereit, demjenigen, der ihrer Arbeitspflicht genügt, einen entsprechenden Lohn- und Gehaltszuschlag in Höhe des tariflichen Überbühnenzuschlags zu gewähren? 4. Glaubt die Regierung durch solche Maßnahmen künftigen Erschütterungen des Verkehrs begegnen zu können und glaubt sie dadurch Achtung und Treue vor Gesetz und Arbeitsvertrag zu stärken, insbesondere eine Besserung der Rentabilität zu erreichen und Arbeitsfreipillige zu schüßen, die nicht nur nichts gemein mit solchen parteipolitischen Demonstrationen haben, sondern sie direkt als eine schwere Schädigung des allgemeinen Interesses beurteilen? 5. Wie hoch stellen sich die Beträge, die durch Bezahlung der Feiertage an beiden Demonstrationen von den Betriebsverwaltungen aufgewandt wurden?

§§ Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat folgende Anträge eingebracht: Ist es Tatsache, daß infolge der Nebenregierung der sozialistischen Gewerkschaft allen Reichsbeamten und Reichsarbeitern für die Zeit der Beteiligung an der Demonstration am 4. Juli 1923 das Gehalt und der Lohn durch die Reichsregierung bezahlt sind? Beabsichtigt die Reichsregierung trotz unklarer Finanzverhältnisse die Bezahlung aus Reichsmitteln auch für die Zeit der Abwesenheit der etwa geplanten weiteren Demonstrationen zu leisten?

Das Kabinett Marjany.

Danzig, 19. Juli. Einer Meldung der „Gazeta Danzka“ zufolge hat gestern Abend Marjany das Kabinett gänzlich zusammengebracht. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Marjany; Außenminister Strumunt; Finanzminister Michalski; Kriegsminister Sojnowski; Handelsminister Straßburger; Rechtsminister Kuchanski; Bildungsminister Professor Godowski; Landwirtschaftsminister Alinski; Minister für öffentliche Arbeiten Kuchanski; Post und Telegraphie Jean Dobrowski; Gesundheitsminister Dr. Stankiewicz; Innenminister Weischar; öffentlicher Schatzminister und Eisenbahnminister noch unbestimmt. Marjany hat dem Vernehmen nach den Staatschef um eine Audienz am nächsten Morgen gebeten.

Warschau, 19. Juli. Auf dem Theaterplatz in Warschau fand gestern nachmittags eine große Demonstration gegen Marjany statt, die von den polnischen Arbeiterparteien veranstaltet worden war. Der riesige Platz war mit einer in Warschau nie erlebten Menschenmenge gefüllt. Unter den Demonstranten bemerkte man zahlreiche Abgeordnete der Linken, neben u. a. den ehemaligen Ministerpräsidenten Mitos. Insgesamt waren 33 000 Personen bei der Demonstration anwesend. Au Auwischfällen ist es nicht gekommen.

Der Wirtschaftsverkehr mit Rußland - eine Illusion.

Wa. Siga, 18. Juli. Der Vertreter einer der einflussreichsten Industriegruppen Deutschlands hat sich in der lettlandischen Presse aufgrund eines mehrmonatigen Aufenthaltes in Rußland über die Möglichkeiten des Wirtschaftsverkehrs mit Sowjetrußland folgendermaßen geäußert:

Rußland sei vor der Hand als ein verlorener Posten zu betrachten. Gegenwärtig müßten alle Bemühungen um Abschlüsse mit der Sowjetregierung verbleiben sein, weil die Herren im Kreml nach der Einladung nach Genua und nach dem Abschluß des

Rapallovertrages die Welt zu ihren Füßen liegend wähten. Ihr Selbstgefühl sei in demselben Maße gewachsen, in welchem der Weltlauf um die Konzeptionen in Rußland zunahm. Die Leiter der gegenwärtigen russischen Politik hätten in persönlichen Unterredungen mit diesem deutschen Industriellen kein Hehl daraus gemacht, daß sie jetzt endlich den Weg offen sehen, um durch ihre Organisationen und Agenten ihre bolschewistischen Ideen mit Erfolg nach Westen verpflanzen zu können. Das sei das Endziel aller ihrer Handlungen. Wenn auch in Rußland der Bedarf an Verbrauchsartikeln aller Art ungeheuer groß sei, so beste Räterußland doch nicht an Wiederaufbau; denn alles Geld wird für Propagandazwecke verbraucht. Vertreter großer deutscher Industrieunternehmen hätten, trotz aller Abmachungen und Verträge, die schlimmsten Erfahrungen machen müssen, denn die Räteregierung halte Verträge nur dann, wenn es ihr paßt. Der größte Teil der Betriebe, die in Gang gesetzt wurden, ist wieder zum Stillstand gelangt. Es könne nicht genug davon gewarnt werden, der Räteregierung irgend welche Kredite einzuräumen, da auf Kredit gegebene Ware als verloren betrachtet werden müsse. Die „Tscheka“ wütele ebenso wie früher aller ihrer Leute, die der Regierung aus irgend einem Grunde nicht gefallen, kurzerhand vom Leben zum Tode. Alles in allem können in Sowjetrußland wohl abenteuerliche Geschäfte abgeschlossen werden, von regelrechten wirtschaftlichen Aktionen oder Wechselbeziehungen könne aber zunächst keine Rede sein.

Diese Auslassung stimmt überein mit dem sehr pessimistischen Bericht der bolschewistischen „Ekononimischeskaja Schisn“ über die Lage der russischen Wirtschaft und mit den in Nr. 305 der Schlesischen Zeitung mitgeteilten Ratichlägen, die Geh. Reg.-Rat Clainow (Berlin) für den Handel mit Rußland gegeben hat.

Die Konferenz im Haag.

w. Haag, 10. Juli. Heute nachmittags fand eine Plenarsitzung der nicht-russischen Kommission ohne die russische Abordnung statt. Sojchid nach Eröffnung der Sitzung beantragte Avezana mit Rücksicht auf die heute morgen von Litwinow abgegebene Erklärung im Namen aller Abordnungen nachstehende Entschlieung:

Die nicht-russische Kommission hat, ihre Tätigkeit beendigend, im Laufe des Gedankenanstausches mit der russischen Abordnung das Erwünschte erreicht und nimmt mit Genugtuung Kenntnis von dem Vorschlag der russischen Abordnung, ihrer Regierung die heute durch Litwinow vorgetragene Erklärung zu unterbreiten. Die nicht-russische Kommission findet in den Bedingungen dieser Erklärung selbst keine Grundlage für eine Vereinbarung. Sie stellt aber fest, daß die in dieser Erklärung erwünschte Nichtschärfe, wenn sie durch die russische Regierung angenommen und durchgeführt wird, beitragen kann zur Wiederherstellung des für eine gemeinschaftliche Arbeit Europas im Interesse des Wiederaufbaus Rußlands notwendigen Vertrauens. Die nicht-russische Kommission stellt weiter fest, daß diese Erklärung eine günstige Atmosphäre schaffen kann für weitere Verhandlungen, die die verschiedenen Regierungen für wünschenswert halten müssen.

Lord Greame sagte darauf, daß die Entschlieung vollkommen im Einklang sei mit der Auffassung der britischen Abordnung. Die Entschlieung wurde darauf mit allen Stimmen angenommen. Die Schlußsitzung der Haager Konferenz wird morgen stattfinden.

§§ Der Reichstagsabgeordnete Seuning hatte bei der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um gewisse gegen ihn schon seit längerer Zeit erhobene Vorwürfe prüfen zu lassen. Dieser Untersuchungsausschuß ist zu dem Ergebnis gelangt, daß gegen den Abgeordneten Seuning nichts vorliegt, was ihn strafrechtlich belastet oder was ehrenrührig erscheint, daß aber die Art seiner politischen Betätigung dem Interesse der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei haben daraufhin die Erklärung abgegeben, daß ein weiteres Verbleiben des Abgeordneten Seuning in der deutschnationalen Fraktionsgemeinschaft unermüßlich ist.

Zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat das preussische Staatsministerium den Regierungspräsidenten Dr. Ruch in Trier bestellt.

Die lieben Verwandten.

Von Martin Feuchtwanger.

Als Tante Amalie 20 Jahre alt war, erklärte sie mit lachenden Augen, daß sie Männer haben könne, so viel sie wolle. An jedem Finger einen. Aber ihr habe es Zeit. Auch mit 25 Jahren erklärte sie lächelnd, es habe Zeit. Als sie 30 Jahre alt geworden war, lächelte sie nicht mehr. Sie wohnte bei ihrer alten Mutter und mußte sehen, wie die Kinder ihrer Brüder und Schwestern groß wurden. Wenn aber in den Familien der Geschwister etwas schief ging, dann tröstete die alte Mutter: „Siehst du, Amalie, das bleibt dir alles erspart.“ Amalie war 35, 38 Jahre alt und prüfte noch immer alle Männer daraufhin, ob sie sie nehmen würde, wenn sie um ihre Hand anhielten. Es hielt aber keiner mehr an, Amaliens Zeit war vorbei.

Amaliens Mutter starb mit 78 Jahren, und das Mädchen stand allein da. Allein mit einem Vermögen von 35 000 Mark. Die Mutter hatte dafür gesorgt, daß Amalie fast alles erhielt, was die alte Frau ihr eigen hatte nennen können.

Nach der Beerbigung, als sich alle Verwandten in der guten Stube der Verstorbenen zu einer Kaffe versammelt hatten, da sah Amalie, daß sie sich großer Sympathien bei allen Anverwandten erfreute. Alle meinten, daß sie getrost in die Zukunft sehen könne. Sie sei ja ein reiches Mädchen. Nur so ganz allein. Und Bruder Max machte den Vorschlag, sie solle gänzlich zu ihm überziehen. Ebenso reklamierten Schwester Sophie und Schwester Minna die 47jährige für sich, und am allererfreutesten war der älteste Neffe, Herr Adalbert Schummer, ein bescheidener Geschäftsmann. Amalie aber mietete sich ein Wohnung mit zwei Stuben und einer Küche und hauste für sich allein. Zuweilen verging eine ganze Woche, in der sich niemand bei ihr blicken ließ, und Tante Amalie fühlte sich sehr vereinsamt. Ab und zu erschienen Neffe Adalbert. Er berichtete stets von großen Unternehmungen, die er im Kopfe hatte. Detho Netner war sein Geschäft. Selten, daß er sich einen Gehilfen holen konnte. Gelang es ihm, einen Gehilfen zwei Monate durchzuführen, dann fehlten die Sorgen mit doppelter Gewalt ein. Ab und zu fragte Adalbert die Tante, ob sie sich nicht an einer seiner geplanten Unternehmungen beteiligen wolle. Tante Amalie aber nahm die Vorschläge nicht ernst.

Eine entscheidende Wendung im Hause der Familie Schummer setzte ein, als sich Tante Amalie bereit fand, zu Schummers überzu ziehen. Tante Amalie zahlte einen festen Pensionspreis. Doch es blieb nicht bei dieser Zahlung. Wenn Frau Schummers Wintermantel so fadenscheinig geworden war, daß sie sich schämte, mit ihm auf die Straße zu gehen, dann legte Tante Amalie

30 Mark auf den Tisch als Beisteuer zu einem neuen Mantel. Wenn der Schneider, der Herrn Schummers vorjährigen Anzug angefertigt hatte, immer wieder vergebens kam, so griff schließlich Tante Amalie in ihr Geldtäschchen und zahlte. Sie spendierte einen Feiertagsbraten, Theaterkarten, Schiffschube für die Kinder. Zuweilen war sie unwillig und erklärte, keine weiteren Zahlungen leisten zu können. Aber Herr Schummer verstand es so gut, ihr zu schmeicheln, daß sie sich immer wieder überreden ließ. Die Familie Schummer seierte die Tante; sie war die Seele des Hauses. Wo etwas schief ging, da wandte man sich an Tante Amalie. Und die anderen Verwandten schimpften auf Herrn Schummer, den Ausnützer und Größleicher.

Am schlimmsten sah es bei Schummers während der ersten Kriegsjahre aus. Herr Schummer stand im Felde, und Frau Schummer führte das Geschäft mit Hilfe eines Gefellen. Trotzdem die Tante annähernd das Doppelte ihres Pensionspreises zahlte, war man häufig nicht imstande, die fälligen Feiertage und Fetttationen zu kaufen. Tante Amalie aber konnte keine noble Geste mehr machen. Sie hatte einen Schweizer Vetter, der sich zu Besuch in Deutschland aufhalten sollte, Geför geschenkt. Der Vetter hatte ihr erklärt, es sehe schlecht um die deutsche Sache. Sie solle ihr Geld in amerikanischen Werten anlegen; er sei gern bereit, alles weitere für sie zu besorgen. Er selbst, als reicher Mann, verstehe, mit Geld umzugehen. Und Tante Amalie hatte ihm 25 000 Mark gegeben. Der Schweizer Vetter war abgereist, erst in die Schweiz, dann nach Newyork. Und seitdem hatte man nichts mehr von ihm gehört.

1917 kehrte Adalbert vom Felde zurück. Wieder trat eine Werbung ein. Schummer hatte ein nicht unbeträchtliches Lager an Rohmaterial liegen, und die Preise für alle Rohstoffe stiegen enorm. Im Laufe eines Jahres wurde Schummer ein wohlhabender Mann. Er erweiterte sein Geschäft, er nannte sich Fabrikbesitzer und sein Geschäft Schäftefabrik. Für seine Wohnung kaufte er neue Möbel, man schaffte neue Melber an, die Kinder wurden in das Gymnasium und die Mädchenschule geschickt. Herr Schummer erzählte stolz, daß endlich seine Arbeit und sein Geschäft den verdienten Lohn gefunden hätten.

Tante Amalie aber pagte nicht zu den neuen Möbeln, nicht in den neuen Gesellschaftskreis, den sich Schummers angeeignet hatten. Man gab Einladungen, trank Wein, spielte Poker und Bac, unterhielt sich von Geschäften, Reisen, Wäbern, und Tante Amalie wurde auf ihr Zimmer geschickt. In bitteren und höhennenden Worten pflanzte ihr der Schäftefabrikant zu erklären, daß die 30 Mark Pension, die sie für den Monat zahlte, kaum für zwei Tage ausreichten. Tante Amalie hat, man möge sich beschneiden, man möge einfacher leben, man verbat sich derartige

Bemerkungen und erklärte, wenn es ihr nicht passe — niemand halte sie. Herr Schummer warf mit gewaltigen Summen um sich. Er kufte Läger um Hunderttausende, kaufte, veranste und hatte stets neue Pläne im Kopf.

Als die Verhältnisse stabiler wurden, war es vorbei mit Herrn Schummers Aufstieg. Er besaß ein gewaltiges Warenlager. Aber die Konjunktur war schlecht, es fehlte ihm an Bargeld. Die Sorgen setzten wieder ein. Ging eine Unternehmung fehl, so war Tante Amalie die Erste, die den Ärger zu verspüren bekam. Die Sorgen legten sich auf die Laune aller Familienmitglieder, und allgemein war Tante Amalie der Sündenbock. Ihre Existenz im Hause des Fabrikanten war durchaus unerfreulich. Der Verbrauch der Familie blieb so hoch wie in den besten Zeiten; wenn ein Loch gestickt wurde, dann wurde ein neues, größeres angegriffen. Wenn Adalbert über seinen Büchern saß und sehen mußte, daß der Aufwand den Einnahmen nicht entsprach, dann schob er die Schuld auf Tante Amalie. Eines Tages erklärte er seiner Frau, er sei es satt mit Tante Amalie; er werde morgen den übrigen Familienmitgliedern mitteilen, daß er das alte Fräulein nicht länger im Hause behalte. Er habe lange genug für sie gesorgt. Nun seien die anderen an der Reihe.

Am anderen Tag aber blieb Tante Amalie im Bett liegen, da sie Schmerzen im Kopf hatte. Der Arzt erklärte, es handle sich um einen verschleppten Schnupfen, habe aber weiter nichts zu sagen. Wenige Tage später, als die Schmerzen immer größer wurden, war es Stirnhöhnenvereiterung. Dann mußte die Tante operiert werden. Am Tage, an dem sie starb, lief ein Schreiben aus Amerika ein, der Vetter habe das Geld von Tante Amalie, das inzwischen auf 10 000 Dollar angewachsen sei, ursprünglich persönlich nach Deutschland bringen wollen. Da er aber in absehbarer Zeit von seinen Geschäften nicht abkommen könne, so habe er die Deutsche Bank angewiesen, Tante Amalie die Summe von 626 000 Mark gutzuschreiben.

Herr Schummer war Universalerbe, und er erhielt die 626 000 Mark nebst 3300 Mark, die Tante Amalie auf der Sparkasse liegen hatte.

Nach der Beerbigung fand sich die ganze Verwandtschaft bei Schummers zu einer Kaffe ein. Alle rühmten die Tugenden der Verstorbenen, sichtlich am liebsten war die Trauer von Herrn Adalbert Schummer. Jedermann fühlte, daß Schummers Liebe zu Tante Amalie größer und selbstloser gewesen war als die aller anderen. Gatte er nicht, als die Gute arm wie eine Kirchenmaus gewesen war, sie in Treue gepflegt und gepflegt hatte er ihr nicht den Lebensabend nach besten Kräften beschert! Wieder einmal war der Beweis erbracht für die Tatsache, daß Treue und Liebe immer ihren gerechten Lohn finden.

Die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen.

(Von unserem Korrespondenten.)

D-i. Madrid, 18. Juli.

Die in tendenziöser Absicht verbreiteten Alarmnachrichten, die unterbrechung oder gar der Abbruch der seit Ende April in Madrid geführten Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages zwischen Spanien und Deutschland sei infolge der Abreise des Vorsitzenden der deutschen Delegation, Wirkl. Geh. Legationsrats von Stockhammern, zu befürchten, entbehren der sachlichen Grundlage. Aber es dürfen doch die Schwierigkeiten, die seitens der deutschen Bevollmächtigten zu überwinden sind, keinesfalls unterschätzt werden, und zwar fallen gerade augenscheinlich diese Schwierigkeiten umso mehr ins Gewicht, als die mit dem Schluß des Parlaments bevorstehenden Sommerferien schon unter gewöhnlichen Verhältnissen eine Ausfaltung des politischen Lebens in Spanien bis zum Oktober bedeuten. Daß Herr von Stockhammern Ende Juni würde nach Warschau abreisen müssen, wo wichtige Verhandlungen seine Gegenwart notwendig machen, war vom ersten Tage an, wo die deutsche Delegation ihre Tätigkeit in Madrid begann, bekannt. Allerdings hatte man wohl zunächst damit gerechnet, bis zu diesem Datum bereits zu einer Verständigung kommen zu können.

Die grundlegende Schwierigkeit für die deutschen Unterhändler besteht darin, daß im allgemeinen die öffentliche Meinung in Spanien über die Bedeutung des Handelsvertrages mit Deutschland irreführend ist. Da in den letzten Jahren ein namhafter Teil der spanischen Ausfuhr nach Deutschland über die Schweiz, Holland und Belgien geleitet wurde, sind in den spanischen Statistiken die Exportziffern nach den genannten Ländern entsprechend erhöht worden, während der Absatz spanischer Waren und Erzeugnisse an Deutschland folgerichtig sehr viel niedriger angegeben wird, als er tatsächlich ist. Es überwiegt daher die nicht ganz zutreffende Auffassung, daß das Interesse Deutschlands an Spanien als Absatzgebiet ungleich viel stärker sein muß, als umgekehrt das Spaniens an Deutschland. Hierzu kommt, daß die Nebenart von der Überschneidung des Marktes mit billigen deutschen Waren und von dem bereits legendär gewordenen deutschen „Dumping“ zu denen gehört, die so oft wiederholt worden sind, daß es der spanischen Regierung zunächst nicht schwer fiel, dem nicht allzu kritischen großen Publikum gegenüber die an sich überraschende Wiedereinführung des Valutakoeffizienten zu rechtfertigen. Da aber seitdem in der Presse die Protektionen solcher Interessentengruppen, die sich durch diese ministerielle Entscheidung schwer geschädigt glauben, sich in kaum noch mißzuverstehender Weise gemehrt haben, ist man doch allmählich jählig geworden, und es sind nur noch verhältnismäßig wenige, die in dieser Ende Mai erlassenen Verfügung etwas anderes sehen, als eine ziemlich willkürliche Maßnahme, hinter der allem Anschein nach der Einfluß einer ganz bestimmten und lokal beschränkten Gruppe von Großindustriellen zu suchen ist, und die außerdem darauf abzielt, die letzten Hindernisse für eine Verständigung mit Frankreich zu beseitigen. Der Handelsvertrag mit Frankreich ist am 8. Juli ratifiziert worden.

Eine der eindrucksvollsten Verwahrungen gegen diese Einschränkung der Einfuhr aus Ländern mit stark entwickelter Kultur ist der am 18. Juli in verschiedenen Blättern, unter anderem „El Sol“, veröffentlichte Protest des Verbandes der Drogeristen und Pharmazeuten. Die Schlussfolgerung dieser Kundgebung lautet: „Welches andere Ergebnis kann dieser Putsch bringen, als das, zu vermeiden, daß diese Erzeugnisse aus Deutschland kommen, ausgerichtet dem Lande, das der erste Produzent, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, ist? Und wenn man bereit ist, daß es sich hierbei um Artikel handelt, die von unmittelbarer Bedeutung für die nationale Hygiene sind, so tritt es noch deutlicher hervor, bis zu welchem Grade diese Maßnahme vernunftwidrig und ungerechtfertigt ist.“

Für die Verhandlungen über die deutsch-spanischen Handelsbeziehungen muß selbstverständlich die Frage der Wiederaufhebung des Valutakoeffizienten im Mittelpunkt des Interesses stehen. Für die deutsche Delegation ist es, bei aller sonst gebotenen Bereitwilligkeit, den spanischen Wünschen das weitgehendste Entgegenkommen zu zeigen, ausgeschlossen, sich auf einen anderen Standpunkt zu stellen. Für die spanische Regierung andererseits ist es begreiflicherweise einigermaßen unbequem, eine Verfügung, die erst vor einigen Wochen angeordnet wurde, wieder zurückzunehmen, ohne hiermit stillschweigend zuzugeben, daß ein zwingender Grund seinerzeit für jenen Entschluß nicht vorhanden war. Ein Abinetzwortwechsel also oder doch wenigstens eine Neuerteilung einiger Vorbehalte, wozu in letzter Zeit wiederholt die Rede war, würde mithin gegebenenfalls einer Beschleunigung des Tempos der Verhandlungen zu statten kommen.

Die Marconi-Gesellschaft in Oesterreich.

L. O. Wien, 15. Juli. Seit Monaten ist über die Übertragung des funktentelegraphischen Verkehrs in Oesterreich an eine Privatgesellschaft verhandelt worden. Zwei Bewerber kamen in Betracht, die Marconi- und die Telefunken-Gesellschaft. Nationale Kreise Oesterreichs haben die Bewerbung der Telefunken-Gesellschaft möglichst zu fördern gesucht, weil sie eine reichsdeutsche Gesellschaft ist und weil man wußte, daß sich die Absichten der Marconi-Gesellschaft nicht nur auf Oesterreich erstrecken, sondern daß die Marconi-Compagnie mit Hilfe der General-Kommission für den funktentelegraphischen Verkehr in Paris alles daran setze, um auch in Südböhmen das Monopol des funktentelegraphischen Verkehrs zu erhalten. Auch die hiesige diplomatische Vertretung des Deutschen Reiches wies auf die Bedeutung der Angelegenheit hin. Die maßgebenden deutschen Stellen scheinen aber die Sache nicht recht verfaßt zu haben. Vielleicht hat man auch gemerkt, eine österreichische Angelegenheit als eine „Quantitätsnegotiation“ behandeln zu können, und hat damit wieder einmal einen recht bedauerlichen Mangel an diplomatischem Weitblick bekundet.

Von Anfang an war ja die Telefunken-Gesellschaft gegenüber Marconi die schwächere, da sie nicht auf ein so ausgedehntes Netz von Empfangs- und Stationen verweisen konnte wie die Marconi-Gesellschaft, deren Angebot dadurch praktisch viel wertvoller erscheinen muß. Die 20 bis 40 000 Kronen-Einsparungen mit denen die Telefunken-Gesellschaft die österreichische Betriebs-Gesellschaft errichten wollte, mußten, verglichen mit der Größe ihrer Muttergesellschaft, der Berliner A. G., geradezu lächerlich erscheinen. Kein Wunder, daß die Gegenpartei jeden Einwand zugunsten der Telefunken-Gesellschaft mit dem Argumente totschlug, daß man von reichsdeutscher Seite das ganze Projekt ja selbst nicht ernst nehmen darf. Tatsächlich haben die Verhandlungen diesen Anschein nur bekräftigt. Ein ordentlich ausgearbeitetes Projekt lag von deutscher Seite überhaupt nicht vor, und ein unmittelbar vor Abschluß der Verhandlungen mit der Marconi-Gesellschaft einlangendes Telegramm, daß die Telefunken-Gesellschaft bereit ist, überseits alle von Marconi gemachten Überbietungen zu halten, konnte den unglücklichen Eindruck nicht mehr verwischen. Erst als es schon zu spät war, konnte man über-

haupt merken, daß man sich auch im Deutschen Reich für diese Angelegenheit inereffizient. Es ist dafür charakteristisch, daß z. B. das Schreiben, in dem ein reichsdeutscher Abgeordneter eine österreichische befreundete Partei bat, für die Telefunken-Gesellschaft einzutreten, in Wien erst eintraf, nachdem am Tage vorher der Hauptkonschluß schon die Ratifikation für Marconi bewilligt hatte.

Trotz dieser Ineffizienz reichsdeutscher Kreise hat man hier doch noch durchsetzen können, daß wenigstens der Rundfunkverkehr der Telefunken-Gesellschaft gewährt und ein Übereinkommen zwischen beiden Gesellschaften angebahnt wurde. Immerhin bleibt es bedauerlich, daß durch die schwächliche Art der Behandlung seitens reichsdeutscher Kreise der viel bessere Erfolg, der sich hätte erzielen lassen, verloren gegangen ist.

Italiens Finanznot.

b. Die französische Politik hat als Kompensation zu der Entfremdung Varrères aus Rom die Kastellierung Giolittis und Nitti erreicht. Nitti versteht sich zwar nicht aufs Schwärzen. Er hat in seinen beiden politischen Buchveröffentlichungen den Herren von Versailles, die er ja gründlich kennt, den Prozeß gemacht und sich dafür erst den Born, nachher das kommandogerechte Todschweigen der französischen Presse, soweit sie im Rahmen der Regierung schwimmt, das heißt, Amtsgelber bezieht, gezogen. Der alte Giolitti schweigt. Er weiß wohl, daß man wieder an ihn gelangen wird, vielleicht diesmal, wenn es zu spät sein wird. Es hat in Paris außerordentlich verstimmt, daß nach dem von der französischen Regierung so lang insgerietenen Versanden der Konferenz im Haag der italienische Delegierte erklärte: „Wenn hier nicht weiterberaten wird, so reise ich sofort nach Moskau weiter.“ Denn in Italien hat man keine Zeit mehr, Wandel zu schaffen. Frankreich kann sich den Luxus der Verschleppungspolitik gestatten. Die Franzosen haben jeder persönlich immer noch ihr Budget auf phantastische deutsche Zahlungen eingestellt und finden sich mit der Realität nicht ab. In Italien aber, wo die Kriegsbeteiligung durch Varrères, durch den britischen Gesandten Kennel Hobbs und durch Versprechungen, die die ganze Welt umfliegen, erzwungen wurde, nachdem einer feilen Presse das nötige Kitzelnde entgegenkommen gezeigt worden war, rechnet man mit sichbaren Faktoren. Die Fremdenindustrie ist auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft, denn der französische geht nicht außer Landes, und der Deutsche kann sich den Luxus einer Fahrt nach Italien, das er dem Weltverkehr entdeckt und vermittelt hat, nicht leisten. Handel und Industrie stöcken. Die Zahl der Arbeitslosen lastet auf dem Budget unerträglich, und nun kommt der Finanzminister Reano, und malt in der Kammer in aller Öffentlichkeit ein Bild der italienischen Finanzen, wie es sich hinter der Bestimmten nicht einmal vorstellt haben. Das Defizit des Jahres 1922/23 erreicht 6 1/2 Milliarden. Man hat ja zwei Milliarden ins Buch geschrieben. Aber diese ungeheure Summe hat nun einen förmlichen Namen zur Folge gehabt. Folgt man noch bei, daß die Hauptschuld den Eisenbahnen zufällt, die wenig Verkehr, aber einen gewaltigen Beamtenstab und hohe Löhne besitzen, so begreift man, daß kein Minister es wagen wird, in diesem „Staat im Staat“ zum Nechten zu sehen.

Die öffentliche Schuld ist von 107 Milliarden in einem Jahr auf 288 Milliarden gestiegen. Der Notenumlauf allein beträgt über 17 Milliarden Lire. Der Minister erklärte, die Reparationsquote für Italien betrage für das Rechnungsjahr 1 1/2 Milliarden. Italien habe nur den einen Ausweg, alle Erleichterungen zur Einfuhr fremder Kapitalien zu schaffen. Auf alle Fälle müßten die Steuern strenger eingetrieben werden und der Staat dürfe nicht davor zurückweichen, neue Steuerlasten zu schaffen. Dabei werde, Politik hin oder her, ein straffes Sparsystem unerlässlich sein. Nur so könne er hoffen, in vier oder fünf Jahren den Karren aus dem Sumpf herauszugleiten.

Es scheint aber fast, als ob man ihm dazu nicht einmal Gelegenheit geben wird. In der oppositionellen Presse wird das Weibchen des Finanzministers als unmöglich erklärt, da er das Land in einen wahren Schreden verlegt habe durch die Darstellung der Verhältnisse. Denn trotz seiner Energie habe es der heutige Regierungssystem nicht fertig gebracht, dem Lande wirklich einen vernünftigen Ausweg zu zeigen. Die vorgebrachten Mittel und Wege seien unzulänglich und zum Teil, namentlich im Hinblick auf die neuen fiskalischen Maßzüge, unzulässig.

Schritte zur Rückgabe feindlichen Eigentums in den Vereinigten Staaten.

Zu den beachtlich bereits kurz gemeldeten Plänen des Weissen Hauses über eine Rückgabe des feindlichen Eigentums teilt der N. Y. S. mit:

Der Plan der Regierung, den Verwalter feindlichen Eigentums in die Lage zu versetzen, persönlichen und anderen Besitz an Angewandte von selber mit den Vereinigten Staaten im Friedenszustand beständig gefessenen Staaten zurückzuführen, und zwar bis zu 10 000 Dollars in jedem Falle, ist endlich dem Repäsentantenhaus vorgelegt worden, und zwar durch den Vorsitzenden des Komitees für internationalen und Außenhandel, dem der Wahn der Kriegsgesekung obliegt. Die Vorlage sieht in fünf einzelnen Teilen die Rückgabe von Werten in Höhe von rund 40 000 000 Dollars vor und hat die Unterstützung des Präsidenten, des Staatssekretärs, des Generalstaatsanwalts und des Verwalters des feindlichen Eigentums, Miller.

Der erste Absatz sieht die Rückgabe alles Besitzes unter einem Beschlagnahme-Titel vor, der im Gesamtwert 10 000 Dollars nicht übersteigt, das heißt, daß Besitzer kleiner Werte von 10 000 Dollars und darunter, ihr Eigentum voll und ganz auszuhandeln bekommen sollen. Von den rund 22 000 beschlaggenommenen Besitzstücken, die der Verwalter feindlichen Eigentums verwaltet, haben 98 Proz. einen Wert von bis zu 10 000 Dollars. Ferner wird vom Verwalter für die 10 000 Dollars übersteigenden Beschlagnahmestücke jeweils ein Betrag in Höhe von 10 000 Dollars a conto ausbezahlt werden. Ein weiterer Absatz sieht die Verlängerung der Klagefrist auf Grund der Akte über den „Handel mit dem Feinde“ vor, welche Verlängerung durch das Erlischen dieser Akte nach Aufnahme der neuen Vorlage nötig wird. Absatz 4 ermächtigt den Präsidenten, nach seinem Befinden über beim Schatzamt deponierte Fonds hergefaßt zu verfügen, das der Verwalter feindlichen Eigentums in den Banken deponieren kann (wobei für diese Guthaben durch Liberty-Bonds eine Nebenbürgschaft bestellt wird) mit dem Zweck, die Interessen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa nutzbar zu machen, so lange noch diese Fonds zur Verfügung der amerikanischen Regierung stehen.

Der nächste Schritt wird sein, mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn Verträge abzuschließen über die Regelung von aus der Kriegszeit kommenden Ansprüchen dieser Länder gegen die Vereinigten Staaten und deren Ansprüchen gegen diese früher feindlichen Länder, unter welche Regelung auch die Schadenersatzansprüche aus der Versenkung der Lusitania fallen würden. Mit Deutschland sind Verhandlungen über einen Vertrag in diesem Sinne im Gange, mit denen man den Besuch des deutschen Botschafters in seiner Heimat wohl in Beziehung bringen darf. Der

den vorgenannten Betrag von 40 000 000 Dollars übertragende Netz, der vielleicht mit gegen 800 000 000 Dollars anzufragen wäre, soll zunächst als Garantie für die Erledigung der amerikanischen Ansprüche dienen.

Berühmte Nachrichten.

Führung zwischen Handelskammern und Reichsbahn. Bei den mannigfachen Beziehungen, die Handel und Industrie mit der Deutschen Reichsbahn verbinden, liegt es im Interesse beider Teile, daß Anforderungen und Wünsche der Handelskammern nicht erst durch schriftliche Eingaben zur Kenntnis der Reichsbahnbehörden gelangen. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb angeordnet, daß die Handelskammern zu ihren Sitzungen (auch Ausschusssitzungen), in denen Fragen des Reichsbahnverkehrs behandelt werden, regelmäßig auch die örtlich zuständigen Reichsbahndirektionen einladen möchten. Er hat die Reichsbahndirektionen angewiesen, daß sie abhandeln, soweit als es die Geschäftslage zuzulassen gestattet, zu solchen Sitzungen einen Vertreter abordnen.

§§ Frithjof Ranft ist in Berlin eingetroffen.

— Es wird immer lustiger! Unter dieser Spitzmarke kochte die „Reichenberger Zeitung“: Dieser Tage tauchte die Nachricht auf, daß in der Tschechoslowakei eine „oberste nationale Verteidigung“ geschaffen werden soll, das ist eine ständige Kommission, bestehend aus dem Minister für nationale Verteidigung, dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Eisenbahn-, Außen-, Finanz- und dem Minister für öffentliche Arbeiten. Diese Kommission, deren Schaffung zweifellos von Frankreich angeregt wurde, soll mit dieser Ansicht über alle Angelegenheiten betraut werden, welche die Wehrfähigkeit und militärische Bereitschaft des Staates betreffen. Diese Institution wird nach dem „Nurde Prava“ einem ausgesprochenen militaristisch-reaktionären Charakter haben und soll es ermöglichen, daß eine „Regierung der Allverpflichteten“ über dem eigentlichen Kabinett stehe. Mit Recht betont das genannte Blatt, daß die Einsetzung einer so wichtigen Körperschaft nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen dürfte. — Man sieht, wie man auf das Mitregieren der Deutschen rechnet! Oder sollte dies die Vorbereitung für eine ministerielle Petta sein? Alles möglich!

— Wegen Giftmordes an dem ersten Gatten wurde in Gollmühle bei Passau die mit einem 13jährigen Knaben in zweiter Ehe verheiratete 51jährige Witwe des Gastwirts Ehrhardt verhaftet, dessen Hinterlassenschaft von 90 Millionen Mark sie zur Hälfte ihrem zweiten Manne verschrieben hatte; auch ihr jetziger Gatte wurde festgenommen.

— Das Gold des Reichsverweisers. Der Odenweber „Magyar Ország“ teilt Einzelheiten über das Verschwinden der 40 Kilogramm Gold des Reichsverweisers Horthy mit. Dieses Gold hatte Horthy in seiner Villa in Pola, von wo er es mit vielen anderen Verhältnissen durch den Vintenschiffs-Leutnant P. A. B. H., einen Fliegeradjutanten Horthys, und den Marineoffizier W. A. B. nach Odenweber schaffen ließ. Als die Sendung, die in drei Eisenbahnwaggons untergebracht war, in Odenweber anlangte, fehlten die 40 Kilogramm Gold, und was ist nun an der Hand, das Gold veruntreut zu haben. Er soll in einem unbewachten Augenblicke sich der Schlüssel bedient und die 40 Kilogramm Gold gestohlen haben. Da Zweifel an dem Eigentumsrechte des Reichsverweisers entstanden sind, hat das Gericht weitere Erhebungen und insbesondere das Verhör eines italienischen Admirals, der nach dem Umsturz die Villa Horthys in Pola bewohnte, angeordnet.

— Die Wertertologen des deutschen Roten Kreuzes in Moskau, die im ersten Zusammenhange mit den russischen Behörden und russischen Gelehrten arbeiten, teilen mit, daß nach eigener Information seit Beginn 1922 bis Ende Juni höchstens 80 Cholerafälle einschließlich der Choleraverdächtigen festgestellt wurden. Unter diesen sind 44 zugereifte Personen. Die Sterblichkeit im Moskau beträgt allerdings 55 Prozent.

D. Die Geistlichenverfolgung in Rußland. Das finnländische Blatt „Suomalaislehti“ schreibt, daß nach Verkündung des durch das Petersburger Revolutionstribunal über den Metropoliten Benjamin und andere Petersburger orthodoxe Geistliche gefällten Todesurteile ein Teil des Publikums in lautes Weinen ausbrach. Metropolit Benjamin sagte darauf, zum Tribunal gewendet, ruhig: „Meine Seele gehört Gott, mein Herz dem russischen Volk; wenn Ihr meinen Körper haben wollt, so nehmt ihn.“ (Wie inzwischen gemeldet, ist die Vollstreckung des Petersburger Todesurteils durch eine Verfügung der allrussischen Exekutive inhibiert worden. — D. Med.)

D. Die überhäufte Umstellung der Sowjetwirtschaft auf das Rentabilitätsprinzip und der ungeheure Mangel an Betriebskapitalien haben dahin geführt, daß ein großer Teil der staatlichen Kräfte nicht einmal die notwendigen Vorräte für die Lohnzahlungen zur Verfügung hat und diese Kräfte zu Schuldnern ihrer Arbeiter geworden sind. Die Materie regierung hat sich nun veranlaßt gesehen, diese Schuld zum Teil auf Staatskosten zu übernehmen, und hat hierfür die Summe von 5 Billionen Sowjetrubeln angewiesen. Diese Summe deckt allerdings nur die unbegahlten Lohnforderungen der Arbeiter bis zum 1. Juni. Für die Monate Juni und Juli muß mit einem gleichen Eingreifen der sowjetrussischen Staatskassens in die Lohnverpflichtungen der trübseligen Sowjetwirtschaft gerechnet werden.

Sm. Wiederverstellung des Kadettenkorps in Rußland. Der „Rigischer Rundschau“ zufolge hat die Sowjetregierung, um für die rote Armee einen roten Nachwuchs von Offizieren zu schaffen und die zahlreich gefallenen Absolventen der zahlreichen neugegründeten Militärschulen und der in Moskau bestehenden Militärakademie des Generalstabes im Laufe der Zeit möglichst auszufüllen, beschlossen, die bisher verpönten Kadettenkorps wieder ins Leben zu rufen. In diesem Sinne hat sich ein in Moskau kürzlich tagender „Komitee der roten Kommandeure“ ausgesprochen.

— Eisenbahnerstreik in den Vereinigten Staaten. 26 000 amerikanischen Streckenarbeiter legte ohne Willigung ihrer Gewerkschaft die Arbeit nieder. Ausgebrochene Unruhen dauern fort.

— Bräuteneinsturz. Aus Wien wird gemeldet: Als der Schneifzug Bukarest—Wien über die Pragerbrücke bei S. n. a. fuhr, brach diese zusammen. Zwei Personen wurden getötet und vierundzwanzig verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend und der Verkehr vorläufig unterbrochen.

Belgrad, 16. Juli. (Glasg.) Die Nachricht, Ministerpräsident Bachtich habe demissioniert, beruht nicht auf Wahrheit.

— Louis Barthou ist an Stelle des verstorbenen Senators Laifane in den Senat gewählt worden.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Der ordentliche Professor der Geschichte an der hiesigen Universität Geh. Reg.-Rat Dr. phil. et jur. Friedrich Meinel ist zum Historiographen der Brandenburgischen Geschichte und der ord. Professor der Geschichte ebenda Gehelmer hat Dr. Erich Marx zum Historiographen des Preussischen Senats ernannt worden.

Danzig. Rektor und Senat der hiesigen Technischen Hochschule haben auf Vorschlag der Abteilung III (Maschinenbau) dem ord. Professor ebenda Heinrich U. u. n. d. jetzigen Referenten im Preuss. Kultusministerium, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. Der Senat der freien Stadt Danzig überreichte ihm bei seinem Schreiben die Kunstmappe „Schulische Modierungen“.

Leipzig. Auf den an der hiesigen Handelshochschule neu gegründeten Lehrstuhl für Weltbhandelslehre und Wirtschaftskunde ist der Privatbogat an der Leipziger Universität Dr. Ernst Schulze berufen worden.

Schlesien.

Vor dem Zusammenbruch der oberschlesischen Landwirtschaft auf leichten Böden.

Von Graf Garnier-Turawa, Vorsitzendem des Oberschlesischen Wirtschaftsverbands.

Allen zuvor: Ich bin weder durch den oberschlesischen Aufschwung besonders hart getroffen, — wenn ich auch durch jahrelange Zwangseinquartierung und durch Bandenüberfälle recht ernste Schäden erlitten habe. Ich bin ferner eher in der Lage, als manche Nachbarn, Ausfälle der Landwirtschaft zu überwinden; denn die Vielseitigkeit meines seit einem Menschenalter mit äußerster Energie meliorierten Besitzes gestattet mir vielleicht Unterbilanzen einer Nährquelle durch günstige Konjunktoren auf dem Holzmarkt, durch Erträge der Fischerei auszugleichen. Ich bin an keiner Industrie beteiligt, deren Schwankungen also nicht unterworfen. Meine folgenden Ausführungen sind also ebensowenig pro domo geschrieben, wie die früheren. Es können sich die Artikelschreiber gewisser Blätter, in deren freundlichen Ausführungen jedesmal erstaunlich edle Instanzen bei mir vorausgesetzt wurden, Tinte und Papier sparen! Dies um so mehr, als ich fürchten muß, daß sie leider recht behalten, wenn sie abschließend neulich schrieben: „Edler Graf, — in einem wahren Volksstaat werden Sie noch ganz andere Dinge erleben!“ Ich glaube nur, daß die Herren, die dabei die Feder geführt haben, sich selbst nicht ganz klar waren, was sie unter „ganz anderen Dingen“ meinten. Vielleicht stimmen sie nachstehende aufklärende Ausführungen etwas ernster. Wir wollen es kurz machen: Wir stehen in Oberschlesien, das vorwiegend leichte Böden hat, auf allen diesen Böden vor dem Zusammenbruch der Landwirtschaft, soweit sie bisher intensiv auf den Gütern betrieben wurde. Und was das für die Ernährung der Städte und für die industriellen Zentren, was es — ich möchte fast sagen für jeden Einzelnen bedeutet, das brauche ich wohl kaum zu illustrieren. Die Gründe der Katastrophe sind rasch aufgezählt: Alle eben genannten Kreise haben — fast ausnahmslos — schwer, oft unendlich schwer, durch die Kollenaufstände gelitten. Trotz aller Versprechungen seitens der Interalliierten Kommission: Wir haben von ihrer Seite keinen Pfennig für die erlittenen Schäden erhalten. Nie ist in historischer Zeit ein Kulturvolk rober geschändet und geschädigt worden, als wir Oberschlesier in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Besatzung. Aus einem blühenden, fruchtbaren Land, einem fleißigen, stillen, ordentlichen Volk ist ein Chaos geworden, voll rauchender Trümmer und über Felder, verbrannter Forsten und einer gegeneinander gehetzten, sich gegenseitig mißtrauenden Bevölkerung, die sich in einem Zustand latenter Gärung befindet. Franzosenarbeit! Fehlt nur noch, daß General Le Rond uns abtreibend noch zugerufen hätte: Vao victis! — Es ist also selbstverständlich, daß allerorten das Lebende und tote Inventar nicht ergänzt werden konnte. Meines Erachtens wäre es aber Pflicht des Deutschen Reiches, den Ersatz des vollen, uns bisher nur in sporadischen Ansätzen gezahlten Zwischenschritts für diese Schäden von der Entente zu fordern und dies lauter, vernehmlicher, als bisher. Entweder es gibt überhaupt kein Forum mehr für völkische Gerechtigkeit, — oder aber diese Forderung muß anerkannt werden. Wir wissen natürlich ebensogut, wie die Deutschen jenseits der „Besatzungsgrenze“, wie tieftraurig es mit unseren Finanzen steht. Aber ich glaube: Die vorläufig vorsichtswise Erkennung unserer vollen Aufwandschäden, sie wäre für das Reich eine gute Kapitalanlage.

Ein weiterer Grund des Zusammenbruchs unserer Landwirtschaft ist die unerhörte Dürre der letzten zwei Jahre: 1921 kein Futter, gute Stroh- und Körnerernte, keine Gadrücker, 1922 mäßige bis schlechte Roggenernte, die größtenteils notreif geworden ist, totale Mißernte in Heu, Futtermitteln, Gaser, zweimalige Ernte in Frühkartoffeln, möglicherweise noch eine Noernernte in Spätkartoffeln. Dies die wahrheitsgemäße Schilderung unserer Aussichten. Zwei so harte Notjahre hintereinander kann eine Ökonomie, und sei sie noch so gut fundiert, schon unter normalen Verhältnissen sehr schwer, nur unter Zuhilfenahme großen Kredits, ertragen. Wir werden aber — sit venia verbo — totgeschlagen durch die folgenden Faktoren: durch die Getreidemalage, durch die umerlösen Lohnsteigerungen. Sie sind der Genickschlag für die oberschlesischen Preise mit leichten Böden. Und was es bedeutet, wenn unsere Landwirtschaft hier völlig zusammenbricht, — das zu beurteilen überlasse ich den zur Regierung Berufenen. Es bedeutet jedenfalls: den absoluten Niedergang unserer Produktion, den Rückschlag unserer Kultur um viele Jahre, die Unfähigkeit der Steuerzahler, das Steuerjoch auch nur annähernd zu erfüllen. Ich bin nicht kurzichtig genug, um nicht zu wissen: Wir müssen den Brotpreis erträglich halten, wir dürfen ihn nicht hochschnellen lassen zu der Höhe, die es unserer Industrie unmöglich macht, ihre Arbeiter anständig zu ernähren, die unsere Waren über den Weltmarktpreis hochtreibt, die uns exportunfähig macht. Aber wir müssen andererseits einen Verteilungsschlüssel für die materiellen Lasten zugunsten eines niedrigen Brotpreises suchen und finden, der nicht einseitig den Produzenten belastet, der ihn nicht wirtschaftlich umbringt. Wenn ich beispielsweise auf meinen Gütern zurechtfinden und nachweisbar nach Abzug von Deputaten, Saatgut usw. nur zwei Zentner Roggen je Morgen — und den als „Umlage“ —, keinen Gaser, wenig Gerste verkaufen kann: Soll ich die unerhörten Unkosten der Landwirtschaft, die Erhaltung der Bauten, des Viehstandes, die Beschaffung der Kunstdüngemittel und Rohle nur aus der Gadrückerernte — alias Kartoffel — eindecken? Ich glaube selbst, der Laie wird es zugeben müssen: Das ist unmöglich. — Aber wenn dies schon unerträglich, praktisch undurchführbar erschien: Wie sollen wir, durch Dürre verkaufsunfähig in Körnern, bezügl. sich unserer Roggenernte aber im Preise „rationiert“ durch die Umlage, in der Lage sein, die Löhne zu tragen, auf die sich binnen wenigen Tagen das Schiedsgericht in Breslau einigen dürfte? Man mache mir nicht den kindlichen Vorwurf, ich überläße die Geldbewertung, hätte kein Verständnis für die Lebensnotwendigkeit des Landarbeiters! Das sind alles Dinge, mit denen man sich sorgenvoll täglich und stündlich beschäftigt. Nicht, daß ich mich nicht der gehobenen Lebensstellung und Lebensansprüche jedes ehrlichen Arbeiters freute: Ich weise nur auf die absolute technische Unmöglichkeit hin, Aufrühr, Besatzung, zwickjährige Mißernte, Umlage und Lohnsteigerung zu ertragen. Ich weise nur darauf hin, daß es völlig undenkbar ist, dann noch den nötigen Zwischenschritt für die Produktionsmittel der Landwirtschaft, ohne die sie nur einmal nicht intensiv wirtschaften kann, für Rohle, Kunstdünger, Futtermittel zu beschaffen.

Noch schlimmer sieht es bei den Bauern aus: Sie ernten in vielen Gegenden durchschnittlich 2 Zentner Roggen je

Morgen! Also knapp das Doppelte der Aussaat. Können wir aber nicht mehr intensiv wirtschaften — und die auf sich allein angewiesene Landwirtschaft Oberschlesiens auf leichten Böden kann es ipso facto eben nicht mehr! — so verastaltieren wir, so treten in der Produktion russische Zustände ein, so verarmen nicht nur wir — so wird das ganze Volk arm! Im Regierungsbezirk Breslau hat bereits eine Kommission die notwendigen Bezirke bereift: Wir Oberschlesier müssen verlangen und wir fordern: daß die Treue des deutschen Vaterlandes, von der uns so viel erzählt wird, nicht nur in „Brotbesammlungen gegen eine Teilung Oberschlesiens“, nicht nur in Feldern und Ministerreden sich äußert, — sondern daß man sich von dem schweren, positiven Notstand Oberschlesiens regierungsseitig überzeugt und gemeinsam mit allen wahren und uneigennütigen Freunden dieses unseres engeren Heimatlandes und mit zuständigen Sachverständigen an einen Tisch setzt, um zu beraten: Wie lindern wir des Volkes kommende Not?

Berein der Schlesischen Malterritter.

Wittwoch, den 19. Juli, fand die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins der Schlesischen Malterritter im Hotel Monopol in Breslau unter dem Vorsitz des Bailli Grafen Edwin Wendt von Donnerstern auf Komolnitz statt. Ihr ging ein durch das Vereinsmitglied Geislichen Rat H. Förster aus Trebnitz in der Corpus-Christi-Kirche gelebriertes Requiem für die seit der letzten Mitgliederversammlung verstorbenen Mitglieder Joseph Freiherrn Reich von Frenk und Graf Adalbert von Francken-Sierstorff voraus. Von Sr. Eminenz dem Fürsten-Großmeister haben folgende Herren den Orden erhalten:

- 1. Geisl. Rat H. Förster in Trebnitz als capellanus di Obhodienza Magistral, 2. Bernhard Graf Matuschka in Schloß Arnsdorf i. N. S., 3. Alexander von Schalscha in Krohnow, Kr. Löwen, 4. Benno Graf Matuschka in Breslau, 5. Traugott von Schan auf Collem bei Sproß O., 6. Ludwig Anton Graf Saurma im Answärtigen Amt, 7. Max Dietrich von Stein in Breslau. Die Gesamtzahl der Vereinsmitglieder beträgt zurzeit 100; davon sind Ehrenritter 122, Donaten 1. Klasse 10, Donaten 2. Klasse 1, capellanus di Obhodienza Magistral 1, Ehrenmitglied 1, der Verein 16, darunter 15 Damen.

Ins dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Das Krankenhaus in Trebnitz hat an 46240 Verpflegungstagen 1747 Kranke verpflegt, das Julius-Hospital in Wismüt 1031 Kranke in 40688 Verpflegungstagen, das Anna-Kinderhospital in Breslau 15694 Kinder in 424543 Verpflegungstagen, poliklinisch wurden 137373 Kranke behandelt; in Kriebitz O.S., 106 Kranke in 3736 Verpflegungstagen, in Scharfau 148 Kranke in 2882 Verpflegungstagen, in Reichthal 55 Kranke in 127 Verpflegungstagen. Der Verein hat im Jahre 1921 zur Erhaltung der Krankenhäuser und sonstigen karitativen Zwecken 30762 Mark ausgegeben. Die Schwesternniederlassung in Lössen, Kreis Brieg hat sich ambulanz betätigt. Dem Schatzmeister und den Delegierten wurde Entlastung erteilt.

Die Ausschreibungen in Brieg.

An den preussischen Minister des Innern hat die Deutschnationale Volkspartei Stadt- und Landkreis Brieg das nachstehende Schreiben gerichtet:

Am 8. Juli d. J. brachte die sozialdemokratische „Brieger Volkszeitung“ in ihrem lokalen Teil folgenden Aufruf: „Auf in den Kampf! Die gelassen organisierten Arbeiter von Brieg, die freien Angestellten und Beamten, die republikanische Bevölkerung werden morgen ihre Stimme erheben für ihre Forderungen zur Sicherung der Republik. Mittag um 1 Uhr wird in allen Betrieben die Arbeit eingestellt, die Belegschaft marschiert in geschlossener Menge nach dem Ring zu der letzten friedlichen Kundgebung. Fort mit den deutschnationalen Mandatärern! rufen wir; hört man uns nicht dann kommt der Bürgerkrieg. Wir zählen die Getreuen der Republik. Wer nicht mit uns demonstriert, ist wider uns, ein Feind der Arbeiterschaft. Unsere Losung sei: Für Frieden, Freiheit und Brot. Nieder mit der Rechts! Hoch die deutsche Republik!“ — In den Ansprüchen auf dem Markte, die von dem Altan des Rathhauses gehalten wurden, hat der auswärtige Redner offen zu Gesinnungswort geäußert. Im Anschluß daran sind eine Anzahl Demonstranten unter Führung der Gewerkschaftsfunktionäre Kott und Silberhorn in den nächstgelegenen Straßen in Geschäfte und Werkstätten eingedrungen und haben dort durch Mißhandlungen und Drohungen mit Berstörung und Brandstiftung die Arbeitsunterbrechung erzwungen. Am selben Tage sind Demonstranten in den Wärsen Jägerndorf und Lössen erschienen und haben Arbeiter an der Einbringung der Ernte unter Anwendung von Gewalt gehindert. — Der oben genannte Gewerkschaftsfunktionär Kott ist am Dienstag, 4. Juli, früh zur Verhütung einer Gefängnisstrafe, zu der er wegen Verübung von Gewalttätigkeiten verurteilt war, in das hiesige Gerichtsgewandnis eingeliefert worden. Auf Anregung des sozialdemokratischen Stadtvorordneter Koll wurde er freigelassen, damit angeblich Mißhandlungen vermieden werden sollten. Es wurde angeordnet, daß die Demonstranten vor das Gerichtsgewandnis ziehen und seine Freilassung fordern könnten.

Welche Rechtfertigung besteht noch, wenn die „Brieger Volkszeitung“ ungestraft von einer „friedlichen“ Kundgebung schreiben und mit dem Gedanken des Bürgerkrieges spielen darf, wenn Rechtsbrecher, die als gewalttätige Menschen bekannt sind, zur Teilnahme an denartigen Demonstrationen freigelassen werden, während den Behörden ausreichende Machtmittel zur Verhinderung von Mißhandlungen zur Verfügung standen. Für die nächste Zeit sind weitere Demonstrationen zu erwarten. Aus diesem Grunde sind Vertreter von Wirtschaftsorganisationen bei dem Bürgermeister Bauer vorstellig geworden, der aber hinsichtlich des Schutzes eine völlig unbefriedigende Antwort geben und einen ausreichenden Schutz der Geschäftskreise und der gelassenen Bürgerschaft nicht auszusagen konnte. — In der Voraussetzung, daß wir in einem Rechtsstaate leben, verlangen wir Bestrafung für die begangenen Vergehen und einen ausreichenden Schutz gegen die Wiederholung solcher Ausschreitungen. Da es unmöglich im Sinne des Herrn Ministers liegen kann, die Bürgerkraft auf den Weg der Selbsthilfe zu drängen, so bitten wir um Auskunft, welche Maßnahmen der Herr Minister ergreift, um in Zukunft Fälle von Landfriedensbruch zu verhindern. Eine Abschrift dieses Schreibens geht gleichzeitig an den Herrn Regierungspräsidenten in Breslau.

Machtgelüste des Zentrums.

Die Vertrauensmännerversammlung des oberschlesischen Zentrums, die am Sonntag in Randersin tagte und über deren Stellungnahme zur Autonomie bereits berichtet worden ist, hat sich auch noch mit anderen Dingen beschäftigt und „einmütig“ oder „einstimmig“ verschiedene Entschließungen gefaßt. Die eine dieser Entschließungen richtet sich gegen den neuen kommissarischen Oppolner Regierungspräsidenten Brauweiler und lautet wie folgt:

„Befehle von dem Bestreben, ein vertrauensvolles Verhältnis mit der oberschlesischen Bevölkerung zum preussischen Staat anzubahnen, halten wir für unsere Pflicht, die preussische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Berufung des

Geheimrats Brauweiler zum Regierungspräsidenten von Oberschlesien, wenn auch nur zum kommissarischen, durch das Volk in Breslau erregt hat, weil er als früherer Mitarbeiter im verhassten kapitalistischen System in der Tra von Schwerin-Küster bekannt ist. Seine Berufung erschwert uns das Eintreten für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen ungemehr. Jedenfalls wollen wir die preussische Regierung nicht im Zweifel darüber lassen, daß unsere Partei zur Befassung des Herrn Brauweiler niemals ihre Zustimmung geben kann.“

Die Entschließung ist so recht bezeichnend für den Geist des oberschlesischen Volkes. Wäher hat Herr Brauweiler, der schon seit Jahren im preussischen Verwaltungsdienst in Oberschlesien steht, sein Amt als Hauptstütze des Herrn Geheimrats Witt angenommen auf beide Versehen. Jetzt aber erklärt das oberschlesische Volk ohne nähere Begründung einfach, daß ihm Herr Brauweiler weiter als „Kakati“ nicht paßt und verlangt einen andern, der es wahrscheinlich selber stellen will. Andernfalls — würde ihm das Eintreten für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen „unmöglich“ sein. Das ist also eine verstellte Drohung mit einer neuen Autonomiebewegung und eröffnet die lieblichsten Aussichten für die zukünftige Parteiherrschaft in Oberschlesien.

Reichswehr-Empfang.

Am 12. und 13. p. M. erlebte unser städtisches Volk höchste Freude. Eine Schwadron des Reichswehrritters-Regiments 7 war, von Bogolin kommend, am 12. um 1 Uhr nachmittags hier eingetroffen. Obwohl ihre Ankunft erst am Vormittage des gleichen Tages hier bekannt geworden war, waren Häuser und Straßen festlich geschmückt. Schlag 1 Uhr rückte die Schwadron unter den Klängen der eigenen Regimentskapelle, geführt von unseren „Begrüßungsreitern“ unter einem wahren Blumenregen, nicht endemollenden Hurra-rufen der Bevölkerung und dem Feierklang der Gloden ein. Auf dem Ringe erfolgte die eigentliche Begrüßung. Eingeleitet wurde sie durch einen von der Regimentskapelle gespielten Choral. Im Anschluß daran brachte der verstärkte Kirchenchor das Oberschlesierlied „Lau heult der Sturm“ zu Gehör. Hierauf begrüßte der Bürgermeister von Leschnitz den Kommandeur der Reichswehr Oberleutnant v. Noeder und die übrigen Offiziere und Mannschaften in warmerherziger Weise. Die Kapelle stimmte das alte „Preußenlied“ an, das von jung und alt aus voller Kehle mitgegeben wurde. Oberleutnant v. Noeder dankte dem Bürgermeister für die warmen Worte der Begrüßung und der Wärmigkeit für den überaus herzlichen Empfang, um soviel den längeren Weg, die Ereignisse der letzten Jahre einzugehen. Dem Wohle der Stadt Leschnitz und der engeren und weiteren Heimat gollten des Redners letzte Worte, die in ein dreifaches „Hurra“ auf das deutsche Vaterland ausklangen. Das die schlichte Feier beschließende Lied „Deutschland über alles“ ist in unserer Stadt mit größter Begeisterung und tieferer Empfindung wohl noch nie gesungen worden. Es folgte ein Paradezug der Schwadron und der aufweisenden Vereins im nächsten Abend wurde ein Fackelaug veranstaltet. Unter der Führung der Regimentskapelle und unter Abingung vaterländischer Lieder bewegte sich der Zug durch die Straßen der Stadt und der Vororte, um zum Schluß auf dem Ringe vor der Wohnung des Schwadronführers Aufstellung zu nehmen. Der „Fackelzug“ beendete die Kundgebung. Am Morgen des 14. rückten die lieben Gäste wieder ab. Groß und Klein gab ihnen bis zur Grenze der Stadtfelmarke das Geleite, wo sie von den Begrüßungsreitern des Nachbarkortes Schinkla empfangen wurden.

Bergmannsiedlungen in Oberschlesien.

In Gleiwitz ist am Montag eine Treuhänderstelle für Bergmannsiedlungen in der Kohlenbezirk Oberschlesien gegründet worden. Ihre Aufgabe ist, Siedlungen für Bergleute zu errichten. Die Kosten sollen zum größten Teil aus der Kohlenabgabe, die von früher 6 Mk. auf 12 Mk. für die gefördertete Tonne erhöht worden ist, bestritten werden. Treuhänder ist als Vertreter der Oberschlesischen Montanindustrie Generaldirektor Stähler (Hindenburg) mit 10000 Mk. Anteil, ferner haben die fünf Bergarbeiterorganisationen je einen Treuhänder mit 2000 Mk. Anteil bestellt, sodas Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen beteiligt sind. Sitz der Treuhänderstelle ist Gleiwitz, vorläufiger Geschäftsführer ist Bergassessor Phrtsoj, Syndikus des Arbeitgeberverbandes.

Tagung des Glaser Gebirgsvereins.

Am Sonntag, den 16. Juli, fand in Ludwigsdorf bei Neutode im Märkischen Gasthause die ordentliche Vereinsauskunftung des Glaser Gebirgsvereins statt. Trotz des strömenden Regens hatten sich von 43 Ortsgruppen 31 Gruppen mit 6 Delegierten Beigefunden, darunter von weit her: Berlin, Weihen, Hindenburg, Gleiwitz, Ratibor, Reife, Li. nit. Brieg und Breslau. Studienrat Konrad begrüßte die zahlreich erschienenen, insbesondere auch den Vertreter der Eulencbitzvereine Dr. Nordhant, stellte die Anwesenheitsliste fest und ersuchte den umfangreichen Tätigkeitsbericht, während Jagmarz Pokorny über Wegemarkierung und die Herausgabe der neuen Mittelbeschaffen Karte eingehend referierte. Die Anträge des Hauptvorstandes: „Neue Ortsgruppen sind stimmberichtig, falls Mitgliedsbeiträge an die Hauptkasse abgeführt“, und „von dem einmaligen Beitrag von 450 Mark der lebenslänglichen Mitgliedschaft fallen zwei Drittel der Hauptkasse, ein Drittel der Ortsgruppenkasse zu“ fanden einstimmige Annahme. Ebenso wurde einstimmig angenommen der Beschluß, daß die Ortsgruppe erst nach der geschäftlichen Sitzung des Vereinsauskunftung, die bis zum 15. Januar jeden Jahres stattfinden muß, die Jahresbeiträge einzuzahlen haben. Die nächste Sommerversammlung tagt in Bad Langenau. Amischen den Verhandlungen fand ein Mittagsmahl statt, wobei Studienrat Konrad die Ortsgruppe Ludwigsdorf, die vortreffliche Vorbereitungsarbeit geleistet hatte, feierte, während Markschreiber Pieck von der gastgebenden Ortsgruppe dem G. G. V. der nun weit über 8000 Mitglieder zählt, welches Wachsen, Blühen und Gedeihen wünschte. Von den weiteren zahlreichen Beratungspunkten seien noch kurz hervorzuheben: die Lichtbildfrage, die vor dem Abschluß steht, die Verbilligung der Fahrpreise (Wenigstarkten) nach der Grafschaft u. a. m. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß am Sonntag ein von der Ortsgruppe Ludwigsdorf gegebener Heimatabend vorangegangen war.

[Schlesische Vereinigung evangelischer Lehrer und Lehrerinnen.] Die „Schlesische Vereinigung evangelischer Lehrer und Lehrerinnen“ veröffentlicht zur Klarstellung über ihre Ziele folgendes: 1) Die Vereinigung umfasst nur Lehrer und Lehrerinnen aller Schularten. 2) Sie erstrebt keineswegs eine neuartige sogenannte „Kirchenschule“ mit geistlicher Schulaufsicht. 3) Einziges Ziel ist nach § 1 der Satzungen die „Erhaltung der evangelischen Schule mit einem organisch verbundenen Religionsunterricht“. 4) Ihre Stellung zur Bekämpfung der Kirchenverfassung ist im § 1 der Satzungen durch die Worte „Religionsunterricht im Geiste des Evangeliums von Jesus Christus“ klar zum Ausdruck gebracht. 5) Die Stellung zur Lehrplanfrage bleibt den einzelnen Bezirken und Fachverbänden überlassen. 6) Mitglieder können evangelische Lehrer und Lehrerinnen aller Schularten werden, gleichviel ob sie einem anderen Berufs- oder Fachverbande angehören. — Die erste Mitgliederversammlung findet Ende August in Breslau statt.

[Die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsaufstalt.] In diesen Tagen hat die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsaufstalt die erste halbe Milliarde Versicherungsbestand erreicht.

Main table containing stock market data with columns for company names, dates (19, 18), and prices. Includes various sectors like mining, manufacturing, and utilities.

Die Verlobung ihrer Tochter
Jenny mit Herrn **Harry
 Deutschmann** geben bekannt
Pastor Retzhold
 und **Frau Käthe, geb. Müller.**

Seine Verlobung mit Fräulein
Jenny Retzhold beehre ich mich
 anzukündigen.

Harry Deutschmann.
 Rydzki OS., Breslau, Ring 19,
 Juli 1922.

Diplomingenieur
Walter Gramsch,
Hanne Gramsch,
 geb. **Deutschmann,**
 Vermählte.

Breslau, 19. Juli 1922.

Statt Garten.

Ihre am 18. d. M. stattgefundene
 Vermählung seien ergebend an

Joseph Stammer, Rektor,
 und **Frau Alice, geb. de Wette.**

Gleichzeitig sprechen wir für die
 uns dargebrachten Glückwünsche
 unseren herzlichsten Dank aus.
 Ort: Breslau, im Juli 1922.

Die Geburt eines
 kräftigen Jungen zeigen
 an
 Breslau 16. 18. Juli 1922
 cand. med.
Kurt Deinert
 und **Frau Lotte,**
 geb. **Wolm.**

Durch das Hinscheiden von zwei
 wertvollen Amtsgenossen und hoch-
 geschätzten Lehrern, den

Studienräten

Professor

Hermann Holthey

und

Professor

Dr. Bruno Arndt

wurden wir in tiefer Trauer berührt.
 Ihre segensreiche Tätigkeit schert
 den beiden teuren Entschlafenen
 treues Gedenken und herzlichste Dank-
 barteit über das Grab hinaus.

Breslau, den 19. Juli 1922.

Der Lehrkörper
 der Evang. Realschule 2.
 J. V.: **Dr. Panjusz.**

Nach kurzer Krankheit verstarb
 am 15. d. M. plötzlich in seinem
 Heimatsorte Groß-Strehlitz OS.
 unser hochverehrter Seniorchef

Herr Fabrikbesitzer

Ludwig Prantel

im Alter von fast 80 Jahren.

Wir betrauern in dem Dahin-
 geschiedenen aufrichtig einen lebens-
 währigen und gerechten Prinzipal,
 dessen unermüdblicher Fleiß und
 Schaffenskraft vom Tage der Grün-
 dung des Unternehmens an bis auf
 seinem letzten Wege uns vorbildlich
 in Erinnerung bleiben werden.

Breslau, den 19. Juli 1922.

Das Personal
 der Firma Gebr. Prantel,
 Filiale Breslau.

Für die zahlreichen Beweise
 herzlichster Teilnahme beim Be-
 gang meines lieben Mannes sage
 ich im Namen der Hinterbliebenen
 meinen tiefgefühlten Dank.

Breslau, im Juli 1922.

Lise Puzler, geb. Woffe.

Mitten aus arbeitsreicher Tätigkeit entriß der
 unerbittliche Tod infolge schwerer, tödlicher Krankheit,
 den langjährigen treuesten Mitarbeiter und Prokurist
 der Fa. Jacob Lobethal

Herrn Georg Schönfeld

im besten Mannesalter von 84 Jahren.

Sein vorzeitiges, nur zu frühes Hinscheiden hinter-
 läßt eine nie zu schließende Lücke, und in seiner fast
 18jährigen Tätigkeit hat er seine hohe Intelligenz und
 seine ganze Arbeitskraft mit beispielloser Hingabe bis
 zum letzten Atemzuge seinem Wirkungskreise zur Ver-
 fügung gestellt.

Ausgestattet mit reichen Gaben des Geistes und
 des Herzens hat er mir als zielbewußter Mitarbeiter
 und Freund besonders nahe gestanden. Sein Heimgang
 hat meine Familie und mich aufs tiefste erschüttert, und
 ich werde ihm über das Grab hinaus ein dankbares
 Andenken bewahren.

Breslau, den 19. Juli 1922.

Berthold Chorinsky
 i. Fa. Jacob Lobethal.

Am 18. d. M. verschied plötzlich und unerwartet in
 der Vollkraft seiner Jahre unser lieber, treuer Mit-
 arbeiter

Herr Georg Schönfeld

im 84. Lebensjahre.

In jahrelanger, gemeinsamer Tätigkeit haben wir
 seine seltenen Eigenschaften kennen und schätzen gelernt.
 Ein wahrhaft guter Mensch, ein gerader, ehrlicher und
 aufrichtiger Charakter ist mit ihm dahingegangen, und
 in seinem Beruf war er stets ein Vorbild unermüdblicher
 Arbeitsfreudigkeit und treuester Pflichterfüllung, dem
 das eigene Ich nichts, sein Wirkungskreis aber alles galt.

Sein früher Heimgang hat uns in tiefste Trauer
 gesetzt, und wir werden sein Andenken immerdar hoch
 halten.

Breslau, den 19. Juli 1922.

Erich Erhardt. Paul Strohe.

Heute früh entriß uns der Tod nach kurzem aber
 schweren Leiden unseren langjährigen, lieben Mitarbeiter

Herrn Prokurist

Georg Schönfeld

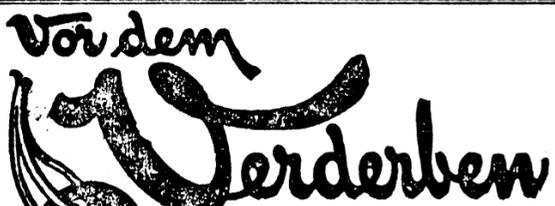
mitten in der Blüte seiner Schaffenskraft.

Sein schnelles Dahinscheiden verfehlt uns alle in
 tiefste Trauer; denn mit seinem tabellosen Charakter und
 seinem stets freundlichen, liebevollen Wesen erwarb er
 sich die Hochachtung und Verehrung aller An-
 gestellten. Er wird uns stets ein Vorbild wahrer Treue
 und Pflichterfüllung bleiben, und ihm nachzueifern, soll
 unser Streben sein.

In unseren Herzen bleibt er immer unergessen.

Breslau, den 18. Juli 1922.

Das kaufmännische Personal der Fa. Jacob Lobethal.



durch Schimmel u. Gärung
 werden alle für den Winter
 eingemachten Früchte
 sicher geschützt, wenn
 man sie mit

Dr. Oetker's

Einmache-Hülfe

einmacht. Dies ist das einfachste,
 billigste u. trotzdem ausgezeichnete
 Verfahren.

3 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe
 genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee,
 Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar
 zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften!
 Wenn vergriffen, schreibe
 man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker,
Bielefeld.



Am 16. d. M. ist unsere allseitig
 beliebte Kollegin, die

Postgehilfin
Fräulein

Therese Fauer

verstorben. Wir verlieren mit ihr
 eine pflichttreue, tüchtige und au-
 berlässige Mitarbeiterin, deren feste
 Liebenswürdigkeit und Hilfsbereit-
 schaft ihr ein dauerndes Gedenken
 in unser aller Herzen sichern
 werden.

Für das
 Personal des Postämtes.

Kaddak,
 Ober-Postdirektor.

Heute abend rief der treue Gott
 unsern geliebten Sohn

Günther

im Alter von 13 Jahren nach kurzer
 schwerer Krankheit zu sich ins himm-
 lische Vaterhaus. Grab 1, 21b.

Beisetz. den 18. Juli 1922.

Kochstraße 7, II.

In tiefer Trauer:

Kusche, Pastor, und Familie.

Beerdigung: Freitag, den 21. d. M.
 nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
 hause aus.

Für die unendlich vielen Ge-
 weite herzlicher Teilnahme und für
 die wunderbaren Kranzspenden aus
 Anlaß des Heimgangs unseres
 teuren Bruders können wir leider
 nur auf diesem Wege unsern aller-
 wärmsten Dank sagen.

geb. **Eva von Goldfus,**
 Mittelau.

Trauer-Kleidung

kauft man am besten im
 Spezial-Trauer-Magazin
August Benedix
 Ring 1, Ecke Nikolaistr. Tel. 4010.

Gold-, Silber-

nur kurze Zeit sahle für Gold
 14 kar. 585 gest. 181-179
 18 " 750 " 198-194
 22 " 900 " 208-255
 Brillanten pro Karat 25-55 000 Mk.
 Platin pro Gramm 600-1000 Mk.
 Gebisse, Zähne pro Zahn 60-500 Mark
Vogel, Junkornstr. 25
 wiederholt vereid. Sachverständiger.
 seit ca. 30 J.

Bekanntmachung.

Fa. William Aust & Co.,
 Breslau, Neudorfstraße 6, L.
 läuft bei den lebigen hohen Auslandsstatuten zu
 noch nie dagewesenen Preisen:
Brillanten, Perlen u. sonstige
Juwelen,
 und zwar haben wir für prima
 große, reine Brillant. p. Kar. 60 000 Mk.,
 für kleinere Brillant. p. Kar. bis 30 000 Mk.
 für Goldgegenstände, Silbergegen-
 stände, Goldbruch, Silberbruch,
 Platin, künstliche Zähne u. Gebisse
 die vollen Tageskurse.
 Streng reelle Bedienung.
 Man achte genau auf den Namen.
 Der Einkauf Anbel von 8-6 Uhr statt.

Zu verkaufen:
3 Dampfkessel, System Dürr-Ratingen
 von je 127 Quadratmeter Heizfläche, mit 7 1/2 Atm. in
 Betrieb gewesen, auch als Reserveboiler geeignet.
Brauerel A. Haselbach, Namslau.

Liebhaber

sucht einen schönen, weißen, möglichst
 großen Brillanten als Ring oder
 Collier und schöne Silberfachen, wie
 Kandelaber, Kröbe, Kuffache etc.
 Offerten unter **B A 1718** an
Rudolf Mosso, Breslau.

Vereinigte Theater in Breslau
 Direction **Paul Barnay.**
Lobe-Theater, Tel. R. 674. Thalia-Theater
 Donnerstag abends 8 Uhr:
 „Die Schöne Woma.“
 Samstag abends 8 Uhr:
 „Die Schöne Woma.“
 Sonntag abends 8 Uhr:
 „Die Schöne Woma.“

Schauspielhaus.
 Operetten - Bühne.
 Teleph.: Ring 2545.
 Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
 „Die Schöne Woma.“
 Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr:
 „Die Schöne Woma.“
 „Die Fledermaus.“

Orchester-Verein
 Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Südpark-Konzert
 Symph. C-dur, Beethoven

Rote Mühle
 Neue Gasse 17, I. 15
 ruflich T A N Z.
Kaiserkrone
 Cabarett 8-11 Uhr
 Tanz 11-1 Uhr.

Damen- Hüte
 in Cylinder, Filz
 und Sammet,
 Linonformen,
 empfehlen schon jetzt
Freund & Krebs
 Filzhut-Fabrik
 Karlstraße 30
 Damen- und
 Herren-Filzhüte
 werden in kürzester
 Zeit umgeformt.
 (x)

Luna - Park

Breslau-Morgenau. Tel. Rg. 7902 u. 8921.
 Heute Donnerstag im Konzertgarten:
Johann Strauß
 Wiener Komponisten-Abend.
 Im Vergnügungspark Vollbetrieb.
 Großes Prachtfeuerwerk.
 Größte Sensation der Saison 1922;
 Täglich zweimalig Auftreten der berühmten
 Turmsilkkünstlertruppe **Weltmann**
 auf dem Turmsel.
 Abends: **Brilliantfeuerwerk**
 Verkehrt Ball.

Karlstr. 30
Herrn-Filzhüte
 werden
 umgeformt bei
Freund & Krebs

Zu kaufen
 gesucht
 gutes Herren-
 zimmer.
 Zuschriften erbet.
 um F 243 an die
 Gesch. d. Schief. 8.

Rosenbringer
 prima rote Qualität
 alle gangbaren Sorten
 n. x. Verkauf und Einzelverkauf.

Gummi- Reeder
 Gartenstr. 63, hpt.

Dr. Krakauer
 Apparate für Haut- und Ge-
 schlechtskrankheiten, Strahlen-
 behandlung, Gartenstr. 85,
 9-12, 2-4

Körperpflege
 Marche, Karlsru. 30a, I, 15

Nagelpflege
 bei **Kins**, Gartenstraße 47
 nur 11 bis 7 Uhr.

Engländerin
 unterrichtet
 Diphth. 21, II.

Zobten!
 Großes Zimmer m. Verand.
 mit guter Pension durch
 Zufall bis Ende Juli frei
 geworden. Aufschreiben un-
 ter N 84 Gesch. Schief. 31a.

Stud. med. sucht
 Ferienaufenthalt,
 wo er sich etwas beschäftigen
 kann. Postgeb. wird ac-
 ceptiert. Angeb. u. D 399
 Gesch. Schief. 31a.

Student
 sucht während seiner
 Ferien irgend eine
 Beschäftigung, eventl.
 Unterrichtsvertretung
 usw. Näheres durch
Hugo Jung, Gagan.

Ältere Dame nimmt jung.
 gebl. Mädchen zu ihrer
 Erhol. geg. II. Hilffestell. in
 Haus u. Gart. u. II. Pension
 über Sommer im Gebirge
 auf. Dienstmäßig. vorhanden.
 Zuschr. u. F 245 Sch. d. 31a.

Adoption
 mögliche Anfangsbuchst. O
 gesucht. Zuschr. u. F 249
 Gesch. d. Schief. 31a. erb

**Schlaf-
 zimmer**
 Eiche, hell, vor-
 nehme Form, noch
 überst. preiswert
A. Sprotte,
 Breitenstraße 15.

Berlinerjude.
 gut erhalten, zu kaufen ge-
 sucht von Privat. Zuschr.
 u. N 15 Sch. d. 31a.

Dama. einen für Ge-
 wöhnliche Verbin. zu be-
 geben, bis Augusth. 1922.
 Gebrauchte Zimmer-
 richtung sowie Betten zu
 kaufen gesucht. Angebote u.
 Preis u. N 92 Schief. 31a.

Geübte Wollwäckerinnen
 für lobende Heimarbeit dauernd gesucht.
 Zuschr. u. N 89 Sch. d. Schief. 31a.

Piano
 b. Br. m. Preis zu kauf. gel.
 Zuschr. M 179 Sch. 31a.

Piano
 10-20000 Mk. zu
 kauf gesucht.
Hartmann, Bohraustr. 43

PIANOS
 neu u. gebt., preisw. 16
 Neusiedl. 20/31.

Schreibmaschine
 neu oder gebraucht, zu
 hohem Preise gesucht.
 Zuschr. M 191 Schief. 31a.

**Perlen,
 Brillanten**
 und größere
**Juwelen-
 stücke**

zu höchsten
 Tagespreisen
Paul Vogel

Juwelier,
Schweidn. Str. 53.

II. Etage,
 I. Hause Café Schuster

Kaufe
Prismengläser,
 Zeiß, G. u. C.

(auch Dienstgläser).
 bessere Apparate.
 Angeb. nur mit Preisang.
Kosner, Sandberg 2.
 Langenrehm 20.

Pistolen, Munition
 tauf von **Lebelski.**
 Bohraustr. 31a. Nr. 12
 8. Wm. b. Saubirabau 14

Cröpe de chine-Süd.
 mit Kranen
Sürtzke Süder
 taufst. Preis

G. Neustadt
 Sanatorium, nur part.

